

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 8. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

---

Sitzungsdatum: 10. Februar 2021  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.55 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Andreas Bammatter  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat  
Silvia Stucki  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Sandro Felice, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, Nico Jonasch, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Florian Spiegel, Claudia Sigel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Swen Wyss

Entschuldigt: Philippe Adam, Christian Jucker, Cetin Keles, Rita Urscheler

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22  
18.10 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.12 Uhr 35 Anwesende = 24  
19.15 Uhr 36 Anwesende = 24  
20.35 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020, betreffend  
**Einführung Parkraumbewirtschaftung sowie Beantwortung der Motion betreffend Parkraumreglement**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4181B  
Geschäft 4361A
2. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, betreffend  
**Abrechnung betreffend Rückbau der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage Bettenacker und Rückbau der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4352A
3. Zwischenbericht des Gemeinderates vom 13.1.2021, betreffend  
**Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder**  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki  
Geschäft 4449A
4. Bericht des Gemeinderates vom 9.12.2020, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.5.2016, betreffend  
**Integrationskonzept**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4295 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 20.8.2018, betreffend  
**Schul(um)bau partizipativ und veränderungsfähig planen und gestalten**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat  
Geschäft 4406 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend  
**Aneluege und luege, dass gluegt wird ...  
... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (Flugverkehr I)**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4458 / B
7. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend  
**Aneluege und luege, dass gluegt wird ...  
... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Flugverkehr II)**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4459 / B
8. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend  
**Aneluege und luege, dass gluegt wird ...  
... vom Schweizerischen Bundesrat (Flugverkehr III)**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4460 / B
9. Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Julia Gosteli, Grüne, vom 29.4.2019, betreffend  
**Bauschuttablagerungen am Mühlebach**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4461 / A
10. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, zum Postulat von Mark Aellen, FIREKO, vom 3.12.2019, betreffend  
**Überarbeitung der Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Siedlungsgebiet nach dem Bauinventar des Kantons Basel-Landschaft und Ortsbildschutz Borerhof/Lindenplatz bzw. der Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Dorfkern**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat  
Geschäft 4499 / A

11. Motion von Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion und Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 8.12.2020, betreffend  
**Einrichtung einer gemeinderätlichen Kommission für Nachhaltigkeit**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann

Geschäft 4546

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Christine Rüegsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 7 vom 10. Februar 2021**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Christian Kellermann**, Präsident: Geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte, Gemeinderäte, geschätzte Medienvertreter. Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 10. Februar 2021. Ich hoffe, wie ich auch sehe, seid ihr alle sicher und wohlbehalten hier eingetroffen, trotz grosser Schneemengen und eisiger Temperaturen. Ich hoffe, dass die eisigen Temperaturen hier nicht weitergeführt werden. Entschuldigt sind Rita Urscheler, Cetin Keles und Philippe Adam. Verspätet gemeldet wurde mir Etienne Winter, Patrick Kneubühler und Claudia Sigel. Ich bitte Rudolf Spinnler um die Durchführung der Präsenzliste.

**[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Christian Kellermann**, Präsident: Bestens, dann darf ich Frau Roth bitten, noch die Türe zu schliessen. Merci. Kommen wir zu den Mitteilungen des Einwohnerratsbüros. Wie immer haben wir Maskentragpflicht. Ich möchte alle noch einmal daran erinnern, dass wir sie auch während des Sprechens tragen. Zudem ist es klar, in den Pausen Abstand einzuhalten, und die Sitzung findet immer noch im Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Ich bitte Sie, das werde ich aber vielleicht noch einmal erwähnen, den Raum auch nach der Sitzung zügig zu verlassen. Sie können sehr gerne im Foyer noch länger aufhalten, es geht nur darum, dass wir diesen Raum hier zügig schliessen können, und dass alle am Schluss der Sitzung das Mikrophon ausschalten würden. Ich werde das am Schluss

---

noch einmal erwähnen. Ich begrüsse auch herzlich Frau Bürr, Volontärin, die nun neben Herrn Spinnler sitzt.

Es sind mir keine dringlichen Postulate oder Motionen eingereicht. Übrige Vorstösse sind eingegangen:

Einwohnerratsgeschäft 4548, kleine Anfrage betreffend Veranstaltungsräumen in Allschwil von Henry Vogt, SVP-Fraktion. Ich frage ihn an, ob er das Wort wünscht. Das ist nicht der Fall.

Einwohnerratsgeschäft 4549, kleine Anfrage betreffend wann, wie und wie viel wird vom und zum EuroAirport geflogen ... werden, von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Ich frage auch ihn an, ob das Wort gewünscht wird. Das ist nicht der Fall.

Einwohnerratsgeschäft 4551, kleine Anfrage betreffend Plakatwände in Allschwil von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion. Wünscht er das Wort? Auch nicht.

Einwohnerratsgeschäft 4552, Postulat betreffend Partizipationsverfahren in gemeinderätlichen Berichten von Henry Vogt, SVP-Fraktion. Ist dazu das Wort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall.

Einwohnerratsgeschäft 4553, Interpellation betreffend Allschwiler Kriegsmaterialexporte von Lucca Schulz und Etienne Winter, SP-Fraktion. Wird dazu von einem der Einreichenden das Wort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall.

Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob Änderungswünsche eingereicht wurden. Das ist nicht der Fall und damit ist die Traktandenliste in vorgelegter Form genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020, betreffend Einführung Parkraumbewirtschaftung sowie Beantwortung der Motion betreffend Parkraumreglement, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4181B/Geschäft 4361A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage das Parlament an: Liegen neue Aspekte vor? Herr Rolf Adam bitte schön.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ich habe die Fragen eingereicht und bin gespannt, ob seitens des Gemeinderats bereits etwas getan werden konnte und ich gebe das Wort zurück.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Räte, Danke vielmals. Ich habe diese Liste an Fragen, die doch sehr zahlreich sind, erhalten und auch mit Antworten versehen. Ich hätte also die Möglichkeit, etwas dazu sagen zu können. Somit bin ich bereit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir würden das dann in der 2. Lesung bei den jeweiligen Paragraphen kurz durchbesprechen. Erwähnen möchte ich auch noch einmal kurz: Es wurde ein Schreiben von Herrn Hicklin eingereicht, dieses haben alle per Mail zugestellt erhalten. Es ist klar, dass, wenn die Parkraumbewirtschaftung angenommen würde, einerseits der Wunsch von Herrn Hicklin in Erfüllung gehen wird, dass eben die weissen Parkplätze in blaue Parkplätze umgewandelt werden. Die zweite, von ihm gestellte Frage wegen des Behindertenparkplatzes ist bei der Verwaltung in Abklärung. Diese wird hier nicht behandelt. Wenn ansonsten keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, würden wir nun paragraphenweise die 2. Lesung starten. Ich gebe das Wort an die 2. Vizepräsidentin, Simone Meier.

---

## A Konzept

### § 1 Zweck

keine Wortmeldung

### § 2 Massnahmen

keine Wortmeldung

## B Parkkarten und Gebühren

### § 3 Parkkartengrundsatz

keine Wortmeldung

### § 4 Anwohnerparkkarte

keine Wortmeldung

### § 5 Angestelltenparkkarte

keine Wortmeldung

### § 6 Tagesparkkarte

keine Wortmeldung

### § 7 Gemeinsame Bestimmungen

keine Wortmeldung

### § 8 Gebühren

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Philippe Hofmann, ich habe das letzte Mal noch in die Runde geworfen, ob sich der Gemeinderat überlegt hat, die Gebühren für die Allschwiler Bewohner in der Zukunft generell abzuschaffen. Dazu hast du gesagt, du würdest das noch besprechen und es dann an der zweiten Sitzung vorbringen. Das wäre genau jetzt, beim Punkt Gebühren, der passende Moment. Daher bin ich auf deine Antwort gespannt.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Richtig, habe ich gesagt, haben wir auch getan, das ist so. Man war aber einhellig der Meinung, dass die Gebühren, so wie sie vorformuliert sind, stehen bleiben sollen, dass es keine Unterscheidungen geben soll. Das heisst, ich muss dir leider eine abschlägige Antwort geben.

## C Verfahrensbestimmungen

### § 9 Zuständigkeit

keine Wortmeldung

§ 10 Ausstellung der Parkkarte

keine Wortmeldung

§ 11 Änderungen

keine Wortmeldung

§ 12 Rückgabe und Entzug

keine Wortmeldung

§ 13 Ausführungsbestimmungen und Ausnahmeregelungen

keine Wortmeldung

D Straf- und Schlussbestimmungen

§ 14 Strafbestimmungen

keine Wortmeldung

§ 15 Kostenersatz

keine Wortmeldung

§ 16 Rechtsmittel

keine Wortmeldung

§ 17 Inkrafttreten

keine Wortmeldung

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir sind mit der 2. Lesung durch. Ich würde gleichwohl das Wort Rolf Adam noch einmal geben, damit er seine Fragen jetzt noch stellen kann.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Danke vielmals. Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Aus den Unterlagen stellten sich noch die folgenden Fragen heraus: Und zwar betrifft es sicher einmal Punkt 2.6, Bezugsmöglichkeiten Parkkarten. Man hat im Unternehmensvergleich nebst der Firma OM ein anderes Unternehmen unter die Lupe genommen und nachgeschaut, was diese an Dienstleistungen erbringen. Ein weiterer Punkt für mich sind die Zahlungsmöglichkeiten und Zahlungsinstitutionen. Wie wurde das angedacht, wurde es geprüft, mit wem will man in Zukunft zusammenarbeiten, damit auch möglichst wenig Kommissionsgebühren anfallen? Ich würde sagen, wir beginnen einfach mal von vorne. Ich gebe das Wort an den Gemeinderat zurück.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also gut, versuchen wir, die Antworten zu ergänzen. Ich hoffe, es führt nicht zu grossem Verwirren. Die erste Frage, die gestellt wurde, Bezugsmöglichkeiten zum Parkieren: Im Bericht steht explizit, könnte z.B. die Software OM-Permission genutzt werden. D.h. es ist noch nicht abschliessend definiert, es wäre zu gegebener Zeit noch zu bestimmen. Das mit den Zahlungsmöglichkeiten: Auch hier wurden in der momentanen Phase noch keine Zahlungsmöglichkeiten evaluiert und geprüft. Das kommt erst, wenn dann eine Parkraumbewirtschaftung - also das Reglement und auch der Kredit - dem Einwohnerrat vorliegt. Dann können wir uns Gedanken darüber

machen, welche Zahlungsmöglichkeiten wir in Betracht ziehen werden. Natürlich ist es sinnvoll, wenn man mehrere nimmt, Kreditkarten, Twint, PayPal, was da alles aus dem Boden schießt. Dazu sind wir sicher bereit.

Soll ich nun immer die Frage vorlesen und die Antwort geben? Ist das zielführend?

**Christian Kellermann**, Präsident: Gerne, ja, bitte.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also, dann müsst ihr euch alle auf meinen Monolog einstellen. „Hat sich der Gemeinderat Gedanken über Kollektivverträge bezüglich Kommissionsgebühren, Bezahlung mit Kreditkarten anderer Gemeinden gemacht?“ Auch dies wurde in der momentanen Phase der Abklärung noch nicht getan. Es ist denn auch nicht der Zeitpunkt des Gegenstands, dies jetzt prüfen zu können. Es geht nun um die Einführung des Reglements. Dies haben wir jetzt bereits durch. Operative Dinge, wie diese Frage betrifft, kommen später noch zum Tragen. Festgehalten allerdings muss, es gibt gar keine Kommissionsgebühren für die Gemeinde oder irgendetwas, was für den Steuerzahler mehr kosten würde. Die Kosten trägt der Kunde, der Kunde ist der Nutzer, also jener, der die Karte besitzt.

„Aus den Unterlagen geht nicht hervor, wie der Missbrauch der Parkkarten gewährleistet sein wird, beispielsweise mit einem Hologramm, Allschwiler-Logo oder dergleichen.“ Auch dies haben wir noch nicht genau überlegt, denn so weit sind wir einfach noch nicht. Aber es gibt heute Druckmöglichkeiten, mit denen fälschungssichere Sachen gewährleistet sind, QR-Code, Strichcode etc. Auch hier werden wir etwas Schlaues in Erwägung ziehen müssen und so präsentieren können.

„Neben MOFIS-CH sind spezielle Schnittstellen zu e-Autoindex, ViaCar, SUSA Bern und anderen kantonseigenen Lösungen etabliert. Für die Ermittlung von ausländischen Haltern werden MOFIS-DE, MOFIS-FR und ein sogenanntes ACI-Interface für italienische Schilder angeboten. Wurde bei den einzelnen Anbietern eine Kostenschätzung eingeholt? Beispielsweise kostet eine Halteranfrage via MOFIS-CEDFR pro erfolgreiche gelieferte Halteradresse zwei Franken.“ Hier ist die Antwort, dass zwei Dinge miteinander vermischt werden. Denn der Kunde registriert sich mit einem Kontrollschild und muss seine Wohnadresse angeben. Systembedingt gibt es eine Schnittstelle zum NEST, das ist unser System bei den Einwohnerdiensten, welches es mit den Anwohnerdaten abgleicht. Somit ist es nicht möglich, dass ein Auswärtiger sich eine Karte erschleichen könnte. Falls wir merken, dass das passieren würde, könnten wir immer noch Stichproben durchführen. Für die Bussenabwicklung sind solche Schnittstellen allerdings erforderlich und bereits vorhanden. Schon seit dem Jahr 2004 werden Schnittstellen von der GePo Allschwil für das Bussenwesen genutzt, dies auch mit Erfolg. Der Aufwand für einen einzelnen Polizisten ist sehr gering und überschaubar. Dieses bereits angewandte System spart auch sehr viele Kosten. Soviel zur Frage 2.6.

Zu 2.9, Betriebskosten: „Mit vier Personen soll diese Parkraumbewirtschaftung bewirtschaftet werden.“, ist die Frage. Ich entnehme daraus, dass man in Frage stellt, ob das ausreicht. Mit diesem Thema haben sich die Verwaltung und der Gemeinderat bereits im letzten Jahr auch intensiv auseinandergesetzt. Man hat den Entscheid gefällt, den Stellenetat der GePo um eine 100%-Stelle zu erhöhen und zusätzlich falls nötig bei einem externen Drittanbieter die Kontrolle zu beziehen. Somit haben wir einen gemeinsamen Konsens gefunden, der Flexibilität garantiert. Wir sind der Ansicht, dass es in diesem Umfang ausreicht und dass man mit Mass aber auch immer mit Augenmass durchsetzen kann, was neu durchzusetzen gilt.

„Durch die Parkraumbewirtschaftung entstehen folgende Aufgaben: Ausstellung von Ordnungsbussen“: Dies wird bereits heute getan, das ist nichts Neues, da wissen wir, wie es läuft. „Automatische oder manuelle Abklärung der Halterermittlung, insbesondere von ausländischen Fahrzeugen“: Auch dies ist ein automatisierter Vorgang, der im wöchentlichen Turnus durch einen Mitarbeiter mit wenigen Mausclicks abläuft. Manuelle Abklärungen werden nur bei einem verhältnismässigen Aufwand vorgenommen. Also wir grübeln nicht bis ins Hinterste und Letzte. Wegen einer 40-Franken-Busse eine Behörde irgendwo in Rumänien oder weiss nicht wo, aufzuscheuchen, ist nicht verhältnismässig, das tun wir nicht. Man muss auch sagen, die Anzahl von solchen vorliegenden Bussen ist auch sehr gering.

„Je nachdem könnte der administrative Aufwand des Ordnungsbussenverfahrens die zur Verfügung stehenden Ressourcen übersteigen.“ Das wird so gehandhabt, dass die Gemeindepolizei Allschwil seit Jahren gegen Gebühr die zusätzliche Bussenadministration für die Gemeinden Frenkendorf/Füllinsdorf übernimmt. Auch dieser Aufwand ist überschaubar, denn viele Vorgänge sind automatisiert. Das ist bereits vorhandener Standard. Wie effizient die Einführung der Parkraumbewirtschaftung gestaltet wird, werden wir noch sehen. Wir können nicht in die Kristallkugel schauen. Wir sind guter Dinge, dass es auf diese Weise weiterhin funktionieren sollte.

„Wurden sich Gedanken über möglichen administrativen Aufwand und finanzielle Defizite gemacht? Zum Beispiel existieren bei französischen Kontrollschildern reihenweise Dubletten von Kontrollschildern.“ Das finde ich noch spannend, dass es das gibt. „Hier gestalten sich die Ermittlungen in der

Regel sehr schwer.“ Wie ich zuvor erwähnt habe, betreiben wir auch hier einen verhältnismässigen und nicht einen übertriebenen Aufwand, wenn der ausländische Halter zum Beispiel weggezogen ist oder wir mit unseren Massnahmen nicht herausfinden können, um wen es sich handelt. Dann machen wir eine Verzeigung an die Staatsanwaltschaft. Punkt. Wir gehen dem nicht weiter nach, das ist nicht unsere Auffassung von Verhältnismässigkeit. Man muss aber auch sagen, solche Bussen machen weniger als 2 % aus. Das kommt vielleicht einmal vor, aber das muss nicht sein.

„Versand von Übertretungsanzeigen und Zahlungserinnerungen.“ Auch dies ist ein automatisierter Vorgang. Dazu haben wir sogar noch eine Einpackmaschine, die uns dabei hilft, das kann dann ratzfatz geschehen, wir erledigen das im bereits bestehenden wöchentlichen Mahnlauf.

„Die Behandlung von Einsprachen im Sinne des Service public.“ Einsprachen erfolgen in der Regel direkt am Schalter oder am Telefon. Das ist halt die Arbeit eines jeden anwesenden Polizisten. Schriftliche Einsprachen sind sehr selten, es kommen ca. 10- bis 20-mal im Jahr vor. Unsere Polizisten behandeln jede Einsprache auch immer selbst.

„Bei nicht bezahlender Busse erfolgt eine Überweisung mit Antrag an die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. Somit fliesst das Bussgeld in die Kasse der Staatsanwaltschaft BL. Wie wird damit umgegangen?“ Gar nicht, wir nehmen es einfach zur Kenntnis, denn es ist ein normaler, gesetzlicher, fester Vorgang, daran können wir nicht rütteln. Das ist einfach so. Man muss auch hier dazu sagen, das macht ca. 2,5 % der Bussen aus, also ist marginal. Das Geld steht dem Kanton zu, so steht es halt im Gesetz. Daher haben wir uns eigentlich damit abzufinden, das tun wir schon immer.

„Wie wird mit Verbuchungen der Ordnungsbussen-Gelder, technischer Nachfrage bei Einbezahlung ohne Referenznummer umgegangen?“ Das ist etwas, das geregelt ist. So etwas gibt es. Wir haben eine Bussensoftware, die das bewältigen kann. Es ist nicht einmal 1 % der Bussen, die das haben. Das ist nun ein Randspartenproblem, der Ermittlungsaufwand ist überschaubar. Auch das bekommen wir in den Griff. Wir erwarten nicht, dass es mit der Parkraumbewirtschaftung in ungeahnte Höhen schnellt.

„Was erledigt die Firma OM konkret als externer Dienstleister für die Gemeindepolizei?“ Die OM liefert Software und eine Anwendung im OM Police und OM Permission. Das ist benötigte Softwaregrundlage zum Arbeiten. Sie verursacht jährliche Lizenzkosten für Wartung-Updates. Sie ist im eigentlichen Sinn kein externer Dienstleister, sondern sie liefert einfach ein Programm, so wie sie es auch in anderen Verwaltungsabteilungen tut.

„Wie viele CHF / Rappen würde die Firma OM pro ausgestellte Busse erhalten?“ Gar keine. Es gibt nur Lizenzkosten. Sie beteiligen sich nicht an den Bussen, es ist kein Beteiligungssystem.

„Wo bezieht die Gemeindepolizei ihre Ordnungsbussenblöcke und mit welchen Kosten ist hier zu rechnen? Sollte die Gemeindepolizei auf QR-Code-Ordnungsbussenblöcke umsteigen, wäre das mit wesentlich höheren Kosten verbunden?“ Bis dato haben wir das bei der Firma Blockfabrik bezogen. Im Jahr 2022 werden neue Blöcke angeschafft, was so oder so notwendig ist, weil dann der neue QR-Code auf dem Einzahlungsschein sein muss. Die sonderbaren, kryptischen Zettel sind ja bereits im Umlauf. Der normale Einzahlungsschein ist bereits für den Mistkübel bestimmt, ab 2022 wird es im Budget ordentlich berücksichtigt werden. Die Anschaffungen sind vorhanden. Ob es ein spezielles Hologramm haben muss, wie es aussehen muss, schauen wir dann an, wenn es soweit ist. Bis dahin fliesst noch viel Wasser den Rhein runter.

„Es ist ebenfalls zu prüfen, ob die Gemeinde Allschwil die Bussen-App und Park-Smart-App wie Basel einführen möchte. Dadurch würde der administrative Aufwand minimiert werden. Durch die so genannte Catch-Cam in der Bussen-App könnte leicht geprüft werden, ob ein Bürger bezahlt hat oder im Besitz einer AWK oder PPK ist.“ Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht weiss, was AWK oder PPK heisst. Ich kann es mir aber irgendwie zusammenreimen, dass es irgend so einer Parkkarte ist. [Zuruf Anwohner- oder Pendlerparkkarte] Danke vielmals. Also AWK heisst Anwohnerparkkarte, ich liebe solche Abkürzungen, und PPK ist eine Pendlerparkkarte. Ob wir diese App dann dazunehmen? Danke schön für den Hinweis, es ist sicher eine sinnvolle Variante. Wie gesagt, so weit sind wir im Detaillierungsgrad noch nicht. Aber wir nehmen es mal mit, dann haben wir es schon mal auf den Weg gebracht.

„Bei den Parkkarten und Gebühren wäre es ebenfalls zu prüfen, im Sinne des Service public analog zu Basel, ob pro Kalenderjahr bis zu zwölf Kontrollschild gebundene Besucherparkkarten zum halben Preis bezogen werden könnten.“ Das ist etwas, das wir bereits in der Kommission thematisiert haben. Wir haben es dort aber auch schon verworfen, weil es für die Besucher die Möglichkeit gibt - das haben wir auch gesagt - eine Halbtages- oder eine Tageskarte zu beziehen, wenn man das will. Wenn einem diese zwölf oder zwanzig Franken zu teuer sind, dann kommt man halt nicht mit dem Auto, sondern mit dem öV. Man muss sich mal vorstellen, wenn ca. 12'000 dieser Anwohnerparkkarten-bezüge ausgehen, dann sind das noch einmal ca. 80'000 bis 150'000 Besucherkarten, die im Umlauf sind. Dabei ist klar, ich meine es ist davon auszugehen, dass sie sicherlich mit angrenzender Wahrscheinlichkeit irgendwo verschachert und nicht nur für Besucher, sondern auch für Pendler genutzt werden. Wir möchten nicht einem Markt Hand bieten, damit jemand z.B. ein Angestellter, der



keine Angestelltenparkkarte erhält, sich einfach bei möglichst vielen Allschwilern erkundigt, ob er eine solche Tagesparkkarte oder Besucherparkkarte haben könne, und er damit das Reglement umgehen kann. Das ist sicher nicht im Sinne des Erfinders. Daher sind wir der Meinung, dass wir das nicht einbeziehen wollen.

Eine weitere Frage ist noch: „Teilmarkierung mit Parkwinkel versus durchgezogene Markierung von Parkfeldern. Da die Fahrzeuge immer grösser werden, würde es Sinn machen, Parkfelder mit Teilmarkierung zu kennzeichnen.“ Dies wurde auch schon mal in der Kommission behandelt und damals auch verworfen. Durchgezogene Parkfelder sind deutlich besser erkennbar. Auf die Markierung einzelner Felder in langen Parkfeldern wird in ganz Allschwil seit jeher verzichtet. Das weil es möglich wäre, dass z.B. in einem Parkfeld vielleicht zehn kleine Wagen aber halt nur fünf grosse SUV parkieren könnten. Das ergibt eine gewisse Flexibilität. Auf diese Weise haben wir es bisher gehandhabt. Ich danke allen, die zugehört haben. Ich hoffe, dass ich mit diesen Ausführungen ein wenig Klarheit zu diesen Fragen schaffen konnte. Danke.

**Christian Kellermann**, Präsident: Vielen Dank, Herr Hofmann, für diese Erläuterungen. Ich frage Rolf Adam an, ob dadurch die Fragen beantwortet wurden, oder ob er allenfalls über eine oder mehrere dieser Fragen trotzdem abgestimmt haben oder auflegen lassen möchte.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Philippe. Für mich ist die Beantwortung dieser Fragen im Moment ausreichend. Wie gesagt, gewisse Dinge sind halt erst noch in Arbeit. Für mich ist es ein wenig schräg, dass das Zeug - wir stimmen hier über einen Geldbetrag ab, und es sind Informationen, die eigentlich alle hier hineingehörten. Was man abgeklärt hat oder was man zumindest mal angedacht hat, wäre noch wissenswert gewesen. Sei es von den Zahlungsabläufen her, sei es auch, wie geht man damit um, wenn Leute nicht bezahlen, oder was wurde angedacht. Ich könnte jetzt noch viele Fragen stellen, aber ich lass es sein. Es ist ein bisschen mein Metier, das merkt man vielleicht, aber ich muss sagen, es reicht, es ist gut.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Dann bin ich froh, wenn es ausreicht. Wenn man diese Fragen hätte explizit hören wollen, wäre das auch in der 1. Lesung möglich gewesen, um sie dann im Bericht pointiert formulieren zu können.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es noch eine Rückmeldung oder auch noch Fragen gibt.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe keine Frage zum Reglement, das ich überhaupt nicht in Frage stellen will, sondern zu diesem Geschäft generell. Kann ich diese Frage jetzt stellen? [Ja]

Ich habe mit grosser Freude festgestellt, dass die Agglomeration Basel eine Charta zum Verkehr beschlossen und unterzeichnet hat. Ganz grosse Freude ist, dass Allschwil dabei ist. Es geht dabei um das, was ich schon lange fordere, nämlich um eine Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen überschreitende Kooperation und Koordination beim Verkehr. Leider ist bei dieser Charta der Kanton Basel-Landschaft nicht dabei. Der Kanton Basel-Landschaft hat aber, wie alle wissen, Kantonsstrassen auf Gemeindegebiet. Meine Frage ist: Was macht der Gemeinderat, um auch hier eine Kooperation und Koordination hinzubekommen, insbesondere jetzt, da es um die Parkraumbewirtschaftung geht?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Merci, Ueli, für diese Frage. Aktuell macht der Gemeinderat gar nichts, weil das nicht der Auftrag war. Die Parkraumbewirtschaftung ist explizit für die vorhandenen Gemeindestrassen. Das habt ihr hier alle so bestimmt. Ich bin aber konstruktiver Natur und nehme es mit, damit nicht 47 Nachfragen kommen. Wir können diesen Ball sicher aufnehmen und an einer der nächsten Gemeinderatssitzungen thematisieren, ob es Sinn macht, wenn wir einen Vorstoss einbringen oder wenn wir die Regierung oder den Kanton einfach fragen oder was auch immer. Dann werden wir vielleicht eine Antwort darauf erhalten.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, ist die Beratung über dieses Geschäft 4181B / 4361A abgeschlossen und wird festgestellt, dass die 2. Lesung des Reglements damit abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates Seite 15.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Umsetzungskosten von CHF 319'472 für die Parkraumbewirtschaftung in Allschwil werden aus dem Fonds „Parkplatzabgaben“ finanziert.

://:

Sie haben diesen Antrag mit 33 Ja und 2 Enthaltungen angenommen.

2. Die Betriebskosten von jährlich CHF 261'000 für die Parkraumbewirtschaftung in Allschwil werden ins ordentliche Budget übernommen.

://:

Sie haben auch diesen Antrag mit 33 Ja und 2 Enthaltungen angenommen.

3. Von der Kostengenauigkeit von +/- 25 % wird Kenntnis genommen.

://:

Auch dieser ist er mit 33 Ja und 2 Enthaltungen angenommen.

4. Das Reglement über die Parkraumbewirtschaftung wird genehmigt.

://:

Der Antrag ist mit 33 Ja und 2 Enthaltungen angenommen.

5. Die Motion betreffend Parkraumreglement, Geschäft 4361, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Die Motion wurde einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über die Abschreibung des Geschäfts 4181B/4361A als Ganzes.

://:

Sie haben dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, betreffend  
Abrechnung betreffend Rückbau der gemeindeeigenen Gebäude  
der Schulanlage Bettenacker und Rückbau der  
Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4352A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Wenn das nicht der Fall ist, gebe ich das Wort sehr gerne an Gemeinderat Robert Vogt.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist mir ein Vergnügen, dass ich Ihnen heute den Kredit für die Rückbauarbeiten der Turn- und Konzerthalle und des früheren Bettenackerschulhauses vorlegen kann. Sie haben gesehen, der Bericht ist sehr umfangreich. Es ist alles detailliert beschrieben, dies zugunsten der Transparenz, und damit man sich gut orientieren, dass es seriös ablief. Zudem liegen die Kosten innerhalb des Budgets, das Sie uns gegeben haben. Deshalb bitte ich Sie heute darum, die Abrechnung zu genehmigen. Danke schön.

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Damit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zum Bericht an sich gibt es nicht wahnsinnig viel zu sagen. Es ist spannend, wie viele Tonnen von was entsorgt wurden. Das ist aber nicht der Grund, weshalb ich mich äussere, sondern ich möchte etwas zum grösseren Kontext sagen. Wir hatten im Jahr 2013 beschlossen, die betroffenen Parzellen Bettenacker und Gartenstrassenschulhaus zur Finanzierung des Schulhauses, in dem wir jetzt sitzen, zu veräussern. 2016 wurde das Schulhaus bezogen. Seither standen diese Liegenschaften leer oder stehen noch immer leer. 2016 legte der Gemeinderat auch eine Immobilienstrategie vor, die vorerst zurückgewiesen wurde. 2017 beschloss man dann konkret, die TUK abzubrechen und das Schulhaus zu einem marktüblichen Preis zu veräussern. Dieser Beschluss gilt, glaube ich, immer noch, er wurde nie aufgehoben. Schon da war nicht klar, ob das Bettenackerareal nicht doch noch wieder für eine gemeindeeigene Nachnutzung benötigt würde. Man setzte das quasi erst mal on hold. Nun sind wir im 2021. Uns liegt der Bericht über den Abbruch vor, es liegt uns kein Bericht über die Veräusserung des Schulhauses Gartenstrasse vor. Der Gemeinderat will auf dem Bettenacker wieder ein neues Schulhaus bauen. Notabene hatte man in der Immobilienstrategie 2016 Sanierungskosten für das Bettenacker auf 11 Mio. geschätzt. Ich glaube nicht, dass das reichen wird, um ein neues Schulhaus zu bauen. Ich kann mir an dieser Stelle die Bemerkung nicht verkneifen, dass die Strategie eher kopflos ist und dass das, was man gemacht hat, ein Schildbürgerstreich ist. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzliche, abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4352 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats Seite 14, § 87. Wer diesen zustimmen möchte, soll es bitte jeweils mit Karte bezeugen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Abrechnung für die Rückbauarbeiten der gemeindeeigenen Gebäude der Schulanlage Bettenacker von CHF 1'469'095.45 inkl. 7,7 % MWST wird genehmigt.

://:

Sie haben diesem Geschäft mit 33 Ja und 2 Enthaltungen zugestimmt.

2. Die Abrechnung für die Rückbauarbeiten der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse von CHF 493'421.20 inkl. 7,7 % MWST wird genehmigt.

://:

Dieses Geschäft haben Sie mit 32 Ja und 3 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung über den Abschluss des Berichts als Ganzes.

://:

Somit haben Sie dieses Geschäft mit 32 Ja und 3 Enthaltungen abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Zwischenbericht des Gemeinderates vom 13.1.2021, betreffend  
Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4449A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich sehr gerne das Wort an Gemeinderätin Silvia Stucki.

---

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Gerne berichte ich Ihnen zu diesem Geschäft Schulrat Primarstufe - für das Wohl der Kinder. Ich habe Ihnen schon einmal erzählt, dass wir zu Beginn Termenschwierigkeiten hatten und erst am 23. September zum ersten Mal zusammenkamen. An dieser ersten Zusammenkunft haben Sandra Dettwiler aus dem Bereich BEK teilgenommen, Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung, Nicole Nüssli, unsere Gemeindepräsidentin, und ich als Verantwortliche für das Ressort Kind und Familie. Es wurden Fragen zum GPK-Bericht geklärt und es wurde ein gemeinsames Verständnis erworben. Nach einer internen Sitzung konnten wir die Startsitung am 2. Dezember 2020 vornehmen. Daran teilgenommen haben, nebst den vier Personen, die ich bereits erwähnt habe, die Schulratspräsidentin Laura Spielmann, der Gesamtschulleiter der Primarstufe Martin Münch und der Musikschulratspräsident Urs Pozivil sowie Hauptschulleiter Musikschule Hans-Peter Erzer. An dieser Sitzung wurde entschieden, dass alle Ansprechgruppen in diesem Klärungsprozess miteinbezogen werden und zudem eine externe Projektleitung beauftragt wird. Zudem hat bis Ende Jahr 2020 der Schulrat, wie von der GPK gefordert, seine Geschäftsordnung erstellt. Diese trat, wie bereits an einer anderen Sitzung erwähnt, am 1.1. in Kraft. Seit der Erstellung des vorliegenden Berichts ist bereits wieder knapp ein Monat verstrichen. Infolgedessen hinkt er den Tätigkeiten hinterher. Daher möchte ich es an dieser Stelle nicht unterlassen, Sie über den neuesten Stand zu informieren. Inzwischen wurde nämlich die externe Leitung beauftragt. Es freut mich, Ihnen mitzuteilen, dass wir Irena Hegglin für diesen Prozess gewinnen konnten. Frau Hegglin bringt eine grosse Erfahrung im Bereich Coaching und Organisationsentwicklung mit, insbesondere im Bereich Schulen und Gemeinden. Zudem erfolgte bereits die Auftragserklärung. Gemäss der Projektleiterin dauert dieser Prozess voraussichtlich ca. 1,5 Jahre. Es ist mir bewusst, das kommt Ihnen nun vielleicht lang vor, doch es ist uns ein grosses Anliegen, alle Schritte mit grösster Sorgfalt anzugehen. Selbstverständlich sind wir dennoch bemüht, die Zeit im Auge zu behalten, so dass der Prozess in einem angemessenen Rahmen durchlaufen wird. Vielen Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte dem Gemeinderat für diesen Bericht danken. Auch danken, dass es nun zum Wohl der Kinder wirklich vorwärts geht. Klar, 1,5 Jahre scheint mir auch etwas lang zu sein. Aber, wir haben es in der GPK so besprochen, wenn wir am Schluss dann wirklich etwas Gutes haben, wenn es wirklich Stand hält, wenn es wirklich zum Wohl des Kindes ist und auch zum Wohl der Lehrpersonen, ist allen gedient. Dann denke ich, ist es wert, diese Zeit zu investieren. Danke schön.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat. Ich finde es super, dass wir nun diese Berichterstattung haben, auch wenn sie den Prozessen geschuldet vielleicht nicht ganz aktuell ist. Auf diese Weise kann man es mitverfolgen und sehen, die Schritte sind auch nachvollziehbar. Für mich persönlich war es immer ein Anliegen, lieber mit der nötigen Zeit etwas richtig zu tun, als schnell-schnell etwas reinzudrücken, das dann gleichwohl nicht Stand hält. Also, besten Dank für diesen Zwischenbericht. So tönt es auch aus der gesamten SP-Fraktion. Merci.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich stelle fest, dass die Beratung über dieses Geschäft 4449 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats Seite 4, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Der Zwischenbericht zum Geschäft 4449 wird zur Kenntnis genommen. Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft einstimmig zur Kenntnis genommen.

Schlussabstimmung über den Abschluss des Geschäfts 4449 A als Ganzes.

://:

Auch das haben Sie einstimmig als Ganzes abgeschlossen. Besten Dank.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 9.12.2020, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.5.2016, betreffend Integrationskonzept  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4295 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person. Wer von der SP möchte das Wort ergreifen?

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Ich würde auch gerne zuerst die Ausführungen von Herrn Vogt hören.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es macht Sinn, wenn Sie mich zuerst erklären lassen, damit Sie anschliessend besser entscheiden können. Die gute Nachricht vorweg: Integration findet in Allschwil bereits auf breiter Ebene statt. Sowohl unsere Mitarbeiter der Gemeinde als auch private Organisationen und auch Privatpersonen sorgen heute für eine richtig gute Integration in Allschwil. Der Gemeinderat hat auch bewiesen, dass er mit dem Projekt Communis, das kantonale geführt war, intensiv mitgearbeitet hat. Aus diesem Projekt entstand ein sehr interessantes Strategiepapier Integration, welches Ihnen im Anhang vorliegt. Nun aber zur schlechten Nachricht: Weil der Gemeinderat im Rahmen der Priorisierung die Massnahmen hintanstellen musste, beschloss der Gemeinderat, dass wir diese Integrationsmassnahmen nicht schon in dieser Legislatur umsetzen können, sondern erst ab 2023 wieder überprüfen werden. Ich habe deshalb auch Verständnis, dass Sie noch einen Antrag gestellt haben, seitens Mark Aellen, SP-Fraktion, Nr. 4295A, worin Sie fordern, dass es doch ins Budget 2022 aufgenommen wird. Im Namen des Gemeinderats bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen, damit wir unsere Priorisierung der Leitbildmassnahmen nicht umstellen müssen. Besten Dank.

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Merci vielmals. Ich möchte gleich zu diesem Sachantrag sprechen. Schlussendlich ist er das Relevante des Ganzen. Ja, wir haben diesen gestellt, Herr Vogt hat es bereits gesagt. Was man einfach anmerken muss, dieses Geschäft, diese Motion wurde vor vier Jahren überwiesen. Nun fünf Jahre später kommt es mal hier hin, wird behandelt, und nun vertröstet man uns noch einmal auf weitere drei Jahre. Vielleicht wird es dann gemacht, es gibt keine Garantie, dass der Gemeinderat es dann wirklich an die Hand nimmt. Da liegt der Punkt, an dem wir sagen, der Einwohnerrat sollte Farbe bekennen und sagen, nein, wir wollen, dass das jetzt getan wird und nicht vielleicht erst in drei Jahren. Es ist, glaube ich, allen wichtig, oder jede Partei hier sieht ein, dass Integration für unser Gemeinwesen zentral ist. Wir können nicht noch einmal drei Jahre warten. Im Bericht kann auch gelesen werden, dass diese Fachstelle zentrales Element für Integrationsarbeit ist, dem stimmt der Gemeinderat zu. Es macht für uns weiterhin nicht viel Sinn, das Ganze wiederum nach hinten zu verschieben. Sicher werden ein paar Leute sagen, ja gut, das kostet aber wieder Geld und wir müssen im Moment sparen etc. Man kann aber auch einfach sagen, es kostet auch, wenn man nichts tut, wie Mark Aellen an der letzten Sitzung erwähnt hat. Die Kosten einer Integration, die schief geht, werden auch anfallen. Es macht also aus unserer Sicht viel mehr Sinn, jetzt etwas in die Hand zu nehmen und die Fachstelle einzurichten, als einfach abzuwarten. Gut, man kann auch sagen, wie sinnvoll denn eine solche Fachstelle wirklich ist, bringt sie wirklich was. Dazu muss man sagen, man muss es halt ausprobieren und ich glaube, wir von der SP wären in vier Jahren offen, um das Ganze noch einmal zu überprüfen, und evtl. auch zu sagen, gut, die Fachstelle hat ihre Ziele nicht erfüllen können. Aber von Beginn weg zu sagen, die Fachstelle erschaffen wir nicht, weil sie was kostet, erachten wir nicht als zielführend. Daher bitten wir euch, dem Sachantrag zuzustimmen, damit der Gemeinderat seine Priorisierung ein wenig anpasst und die Fachstelle gründet. Merci vielmals.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich bitte darum, diesen Sachantrag kurz aufzulegen, damit wir dann darüber abstimmen könnten und anschliessend in die Beratung einsteigen können. Respektive, wir können die Beratung über diesen Sachantrag auch jetzt eröffnen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Zur Äusserung zu diesem Sachantrag oder generell zum Integrationskonzept möchten wir sagen, wir waren vor vier Jahren der Meinung, dass es die unterstützenden Massnahmen nicht benötigt. Wir sind nach wie vor dieser Meinung. Wir teilen die Meinung des Gemeinderats, dass es im Grunde genommen nicht notwendig wäre. Aus diesem Grund können wir den Sachantrag als solches nicht

---

unterstützen. Was wir aber trotzdem sagen müssen, ist, die Behandlungsdauer und die Behandlungszeit des Integrationskonzepts ist mehr als fraglich. Was man trotzdem festhalten muss, ist, das hat die GPK schon einmal im Geschäftsbericht letzten Sommer angeschaut. Als wir das Austauschgespräch hatten, Franz, das weisst du noch, haben wir euch gebeten, mal sämtliche Dokumente vorzulegen, die ihr in diesen vier Jahren erarbeitet habt. Soviel ich weiss, sind diese Dokumente bis heute nie bei der Kommission eingetroffen. Das war damals ein Besprechungspunkt, damit sie nachgereicht werden, um sie überprüfen zu können. Nun kommt einfach das Integrationskonzept mit dieser Beantwortung auf den Tisch mit dem Zeithorizont von noch einmal drei Jahren. Das bestätigt, muss ich ganz ehrlich sagen, mein damaliges Bauchgefühl. Da ich diese Kommission nicht mehr leite, kann ich das jetzt auch sagen, dass ihr bis in den letzten Sommer nichts getan habt. Denn es war ganz klar, dass diese Dokumente, was alles erledigt wurde, nachgereicht werden. Es ist nun wieder über ein halbes Jahr her. Die Kommission hat die Unterlagen nie erhalten. Das habe ich nachgefragt. Soviel Auskunft dürfen sie mir auch geben. Diese Unterlagen haben sie bis zu diesem Zeitpunkt nie gesehen. Nun liegt dieses Konzept vor, die Beantwortung vor, mit der Bitte um drei Jahre Verlängerung. Ich bin einfach klar der Meinung, bei diesem Geschäft hat man wahrscheinlich vier Jahre lang nicht wirklich sauber gearbeitet, und nun schiebt man es auf drei Jahre hinaus. Das finden wir vom Zeitablauf her, ja, wir finden es nicht so ganz in Ordnung, wie man damit umgeht. Ich bin auch der Meinung, auch wenn man ein Geschäft an sich nicht als unterstützenswert hält, wie wir das bei diesem Thema tun, bedeutet das nicht, dass man nicht trotzdem monieren darf, dass die Abwicklung des Geschäfts aus unserer Sicht definitiv ungenügend ist.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass die Motion erfüllt ist. Es gibt ein Konzept, das war der Auftrag. Es ging zwar etwas lang, bis es nun vorliegt, meinen wir, doch die Motion kann man abschreiben. Das Zweite ist der Sachantrag: Dazu sind wir mehrheitlich der Meinung, dass wir nicht noch ein weiteres Konzept in Allschwil benötigen, bei dem dann nichts getan wird. Wir stimmen deshalb dem Sachantrag mehrheitlich zu, weil wir möchten, dass die Umsetzung jetzt beginnt. Die Umsetzung mit dieser Fachstelle, meinen wir, ist der richtige erste Schritt. Ich habe noch einen dritten Punkt, da bin ich etwas verärgert. Mir wurde vom Gemeinderat im September versprochen, dass wir die Gemeinschaftsbildung, da geht es nicht „nur“ um die Integration von ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern, sondern es geht um die gesamte Bevölkerung, dass man die Gemeinschaftsbildung als integralen Bestandteil des Integrationskonzepts aufnimmt. Das habe ich nicht gefunden. Die Gemeinschaftsbildung ist wichtiger denn je. Weder Behörden, Politik, noch Medien und nicht einmal die Wissenschaft nehmen wahr, dass sich in der Schweiz sozial-psychologisch etwas zusammenbraut - auch in der Schweiz braut sich etwas zusammen, ich muss da nicht länger ausführen, weshalb. Wenn eine Gemeinde oder ein Kanton oder auch der Bund das nicht als Problem sehen will, und keine Massnahmen ergreift, die eine Gemeinschaftsentwicklung möglich macht, damit die Leute zusammenhalten und nicht beginnen, gegeneinander zu opponieren, dann ist mir überhaupt nicht mehr wohl. Ich möchte gerne vom Gemeinderat hören - und auch wünschen -, was er tut, um in Allschwil Gemeinschaftsbildung zu fördern - in dieser schwierigen Situation, in die wir kommen, in der wir schon drin sind, in die wir aber noch viel tiefer hineinkommen werden. Insbesondere und ganz konkret meine ich, dass es Möglichkeiten für die Bevölkerung geben sollte, bei diesen Jung und Alt und alle altersgemischt sich treffen und austauschen können. Die Vereinsamung, auf die wir zugehen, ist überhaupt nicht gut.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder, geschätzter Präsident. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass der Antrag vor fast fünf Jahren vom Rat angenommen wurde, vielleicht nicht von der SVP aber vom Rat. Der Bericht, im Gegensatz zu dem, was wir zuvor im Gremium gehört haben, sagt: „In Allschwil besteht kein Integrationskonzept und eine entsprechende Notwendigkeit war für die einwohnerstärkste Gemeinde des Kantons unbestritten.“ Es ist also nicht so, dass der Gemeinderat meint, es brauchte keines, sondern er sagt, doch, unbestritten, müssen wir haben. Der Gemeinderat hat, gemäss Anhang des Antrags von vor 5 Jahren, dann effektiv mit der kantonalen Stelle zusammengearbeitet. Ich finde es vielleicht etwas vermessen, das dann einfach als die eigenen Lorbeeren darzustellen, dass man das von sich aus getan habe. Es lag ein Antrag vor und ihr habt das getan. Das ist schon schön. Dass es etwas Zeit braucht, ist auch klar. Was mich allerdings komplett überrascht, ist, dass wir, obwohl die Notwendigkeit anerkannt ist, obwohl der Rat hier sagte, ja, macht ein Konzept, nun hören, ja wir haben unsere Leitmassnahmen bereits priorisiert, und wir wollen diese nun nicht umstellen, also lasst uns das weiterhin hinausschieben. Zu Beginn haben wir gesagt, diese Massnahmen werden rollend überprüft. Der Gemeinderat macht das nicht, obwohl er es selbst gesagt hat. Von daher denke ich schon, der Gemeinderat muss sich nun gefallen lassen, dass der Einwohnerrat auch auf seine Prioritäten besteht. Von daher denke ich schon, dass es wirklich wichtig ist, dass wir nun zeigen, was wir wollen. Obviously, so wie es die SVP zuvor auch akzeptiert hat, wenn man dann in der Abstimmung verliert, ist das eine Sache. Aber einfach nur, weil man den

Wunsch hat, dass andere Leute ihre Prioritäten nicht umstellen müssen, müssen wir auch nicht unbedingt unsere Prioritäten umstellen. Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Danke schön, nur kurz zu Florian Spiegel. Ich bin davon ausgegangen, dass die Dokumente an die GPK weitergereicht wurden. Ich werde das in die Wege leiten, damit sie nachgereicht werden.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Danke schön. Ich wollte nur auf die Fragen, die von den drei Referenten aus dem Einwohnerrat kamen, ergänzen. Selbstverständlich verstehe ich Ihre Anliegen gut. Sie müssen aber mich verstehen, dass der Gemeinderat entschieden hat, dass wir dieses Projekt nun nicht in dieser Amtsperiode verfolgen. Dann kann ich auch nicht auf Ihre persönlichen Bedürfnisse eingehen. Deswegen habe ich letztes Jahr gesagt, ich würde es gerne machen, aber in diesem Jahr sind mir nun die Hände gebunden.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich würde gerne nun diesen Sachantrag gemäss § 65 zur Abstimmung bringen. Der Antrag lautet:

§ 2.7 des Berichts 4295 A wird wie folgt geändert.  
Der letzte Satz wird gekürzt, gestrichen wird folgender Abschnitt: „*resp. dies für die Planperiode 2024 bis 2028 erneut zu prüfen.*“, wird ersetzt mit neuem Wortlaut: „*Aufgrund der Intervention des Einwohnerrats wird der Gemeinderat die notwendigen Schritte einleiten, die Empfehlung Aufbau einer Fachstelle Integration anzugehen und stellt die dafür notwendigen Mittel im Budget 2022 bereit.*“

Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben den Sachantrag der SP-Fraktion mit 22 Ja, 12 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich stelle fest, dass die Beratung über dieses Geschäft ... Nein, ich höre Reklamationen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe keine Reklamation, sondern eine nachhaltige Unmutsbekundung. Ich habe keine Antwort auf meine Frage erhalten. Im September hat man mir gesagt, man nehme die Gemeinschaftsbildung hier hinein. Jetzt sagt man, das könne man nicht, weil der Gemeinderat nicht will. Im September habe ich gefragt, muss ich dazu einen Vorstoss machen. Dann hat es geheissen, nein, du musst keinen Vorstoss bringen. Wir tun das. Nun habe ich wieder gefragt wegen der Gemeinschaftsbildung. Die ist dringender denn je. Ich will nicht dramatisieren, auch wenn ich ganz deutlich spreche. Es ist dringender denn je. Auch wenn es die Mehrheit nicht sehen will, noch nicht sehen will. Ich habe keine Antwort erhalten. Nun schliesse ich richtig daraus, das ist meine Frage, dass ich nun einen Vorstoss machen soll, wenn mir das ernst ist?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren, geschätzter Ueli Keller. Nun ist die Situation noch einmal eine andere. Was ich zuvor noch erklären wollte: Der Gemeinderat hat mir die Hände gebunden, ich darf die Gemeinschaftsbildung nicht im Rahmen des Integrationsprojekt angehen. Jetzt nach Ihrer Zustimmung zum Antrag, ist die Situation eine andere. Nun werden wir im Gemeinderat im Budget 2022 einen Betrag für die Umsetzung der Integrationsstrategie einsetzen. Und dann bin ich selbstverständlich plötzlich doch wieder bereit, auch über die Gemeinschaftsbildung zu sprechen. Ich würde sagen, aufgrund der Zustimmung zum Sachantrag kann ich jetzt wieder sagen, wir können ins Gespräch kommen, ja. Aber ein Antrag ist deswegen nicht nötig.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich darf zwar nicht drei Mal, ich spreche trotzdem. Ich habe auch konkret gefragt, ob der Gemeinderat bereit ist, Infrastruktur und Räume zur Verfügung zu stellen, damit sich Leute in Allschwil begegnen und treffen und austauschen können. Ich finde, das sollte nicht nur die Classe politique machen dürfen, wie wir hier, und die Behörden, und die Kommissionen. Es sollten auch ganz „normale“ Leute sich treffen und austauschen können und aus der Vereinsamung herauskommen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Danke schön, geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Selbstverständlich stellen wir Räume und Freiräume in Allschwil zur Verfügung. Aber ich bitte sehr um Verständnis, aufgrund der COVID-Massnahmen haben wir natürlich jetzt für alle ab 16 Jahren alles geschlossen. D.h. wir können Ihnen jetzt in dieser Art nichts zusichern. Aber selbstverständlich komme ich nach Lockerung der Massnahmen gerne wieder darauf zurück.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Wir hatten zuvor die Frage, es gibt Raunen im Raum. Ich habe deutlich gesehen, dass es zwei enthaltende Stimmen gab, und ihr sagt, es ist nur 1 Stimme. Wir hatten vorhin schon eine Abstimmung, bei der ihr explizit jemanden aufgefordert habt, sein Votum zu wiederholen. Ich sehe einfach Schwierigkeiten, wenn wir den Auszählungen nicht trauen können.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dann schlage ich vor, dass wir diese Abstimmung wiederholen, damit wir Sicherheit erhalten. Wir stimmen noch einmal über den Sachantrag ab. Ich lese es nicht noch einmal vor, er liegt nochmals auf. Wer dem Sachantrag der SP zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

Das Abstimmungsergebnis ist nun noch einmal ein wenig anders, weil Etienne Winter dazugekommen ist. Wir sind nun eine Stimme mehr. Einfach, damit das auch berichtigt ist. Das Resultat wird dadurch aber nicht verändert, sondern eher noch verdeutlicht:

://:

Der Sachantrag ist jetzt mit 23 Ja, 11 Nein und 2 Enthaltungen angenommen.

Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4295 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats Seite 7, § 87. Wer diesen zustimmen möchte, soll es bitte jeweils mit Karte bezeugen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat nimmt das Strategiepapier Integration der Gemeinde Allschwil mit der zusätzlichen Änderung des Sachantrags, dem soeben zugestimmt wurde, zur Kenntnis.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 29 Ja, 6 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

2. Die Motion betreffend Integrationskonzept, Geschäft 4295, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Sie haben dieses Geschäft einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über das Abschliessen des Geschäfts 4295 A als Ganzes.

://:

Auch dieses haben Sie einstimmig abgeschlossen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Es folgen nun im Grunde genommen drei gleiche Berichte. Ich schlage vor, bevor wir damit beginnen, machen wir jetzt eine 20-minütige Pause, bis 19.40 Uhr.

PAUSE

**Christian Kellermann**, Präsident: Darf ich bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können. Wir kommen wie immer nach der Pause zuerst zum Info-Fenster des Gemeinderats. Gerne gebe ich der Gemeinderätin Silvia Stucki das Wort.



## INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende. Es freut mich, dass ich Ihnen heute Neuigkeiten aus dem Ressort Alter berichten kann. Sie wissen, im Jahr 2018 verabschiedete der Kanton Basel-Landschaft das neue Alters- und Pflegegesetz mit der Auflage, eine Versorgungsregion zu bilden. Im gleichen Jahr haben sich Binningen, Schönenbuch und Allschwil entschieden, sich als Versorgungsregion zusammenzuschliessen und eine Informations- und Beratungsstelle als Fachstelle Alter und Gesundheit ABS zu führen. Der Vertrag der Region sieht vor, dass jeweils zwei Vertreter und Vertreterinnen der drei Gemeinden die Delegiertenversammlung bilden. Es sind dies für Binningen die Gemeinderätin Barbara Jost und der ehemalige Einwohnerrat Peter Heitz, für Schönenbuch der Gemeindepräsident André Knubel und Andrea Borschberg. Für unsere Gemeinde Allschwil sind das Robert Vogt und ich als Gemeinderatsmitglieder. Die Delegierten haben den Auftrag, die Betreuung und Pflege im Alter gemäss den Vorgaben des Altersgesetzes umzusetzen. Am 3. Februar 2020 fand die erste Delegiertenversammlung statt. Barbara Jost wurde zur Präsidentin und Allschwil zur Leitgemeinde, bzw. zum Standort der Fachstelle Alter und Gesundheit ABS gewählt. Selbstverständlich wird die Fachstelle den operativen Betrieb nach der Genehmigung des Vertrags durch den Regierungsrat umgehend aufnehmen. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dann wäre Gemeinderat Andreas Bammatter an der Reihe.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe drei Dinge. Die erste Sache kennen Sie bereits. Aus dem Bereich Kultur verschickte Jean-Marc Wyss eine Einladung, damit jeweils zwei Personen aus allen Gruppierungen sich zu einer Art Sounding Board oder Workshop treffen können. Dabei geht es um die Gemeindebibliothek. Wir treffen uns einmal am 9. März und anschliessend am 13. April. In einem ersten Schritt werden wir über das bereits vorhandene Wissen informieren, über die bisherigen Abklärungen, Betriebskosten, Betreiber, Termine etc., Kostenschätzungen, was wir machen können. In einem zweiten Schritt werden wir dann mit den Teilnehmenden die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Gemeindebibliothek herausspüren, also den Finger in den Wind halten. Dies als Information. Den Brief sollten Sie erhalten haben. Ich bitte darum, dass Sie möglichst bald zurückmelden, welche zwei Ihrer Gruppierung sich zu diesem Sounding Board melden.

Zum Zweiten: Es kam eine kleine Anfrage von der SVP zu den Plakatständern. Diese wurde im Gemeinderat kurz behandelt, weil wir das natürlich auch festgestellt haben. Es ist so, die APG löste diesen Vertrag auf, bzw. wir haben den Vertrag mit der APG aufgelöst. Dadurch kamen diese Ständer weg, weil sie der APG gehören. Die Zwischenlösung war nötig, ist nur temporär, damit die demokratischen Rechte, so wie wir sie festgeschrieben haben, möglich sind. Selbstverständlich wird das baldmöglichst behoben. Es wird so sein, dass die kleine Anfrage noch schriftlich beantwortet wird. Heute aber ist eine Ausnahme, damit Sie nicht erst dann, wenn die Abstimmungen vorbei sind und die neuen Plakatständer da sind, noch eine Antwort erhalten. Es ist ein Entgegenkommen des Gemeinderats aber einfach aufgrund der aktuellen Lage.

Und nun kommt es, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen wirklich freudig ein grosses Anliegen präsentieren, wir haben lange darauf gewartet. Es ist so, dass wir nun das Geschäft 4372, Verfahrenspostulat Anpassung des Geschäftsreglements, § 9 Aktenaufgabe und Geschäftsverlauf, online stellen können, und zwar am kommenden Montag, 15. Februar, werden Sie das live selbst tun können. Ich darf es Ihnen heute präsentieren, obwohl ich erst neu hinzukam. Es ist eine grosse Sache. Nicole Müller vom Einwohnerratsbüro erarbeitete es minutiös. Einige von Ihnen durften es bereits anschauen. Wenn nun der Bildschirm funktioniert, kann ich Ihnen das live präsentieren. Der Zugang ist nämlich bereits „hintenrum“ möglich. – [Es funktioniert technisch nicht sofort]

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Vielleicht ganz kurz zur Überbrückung der paar Minuten, in denen es hoffentlich funktionieren wird, noch eine Information oder, wie soll ich sagen, eher ein Vorsichtsapell an alle Anwesenden und damit es auch von der Presse aufgenommen wird. Wir können in Allschwil stolz sein. Wir haben eine ausserordentliche Fasnachtsorganisations-Clique, die wirklich etwas Geniales auf die Beine stellte, damit wir doch ein wenig das Feeling haben werden, wie es wäre, wenn echte Fasnacht wäre. Es wird eine FasnachtsArt geben, d.h. es haben wirklich über 20 Cliquen mitgearbeitet. Sie werden an verschiedenen Orten ihre Objekte ausstellen. Und zwar ab morgen Abend, Schmutziger Donnerstag bis Aschermittwoch - ist das korrekt, einfach am Mittwoch, an dem, wann auch immer, die Fasnachtsbeerdigung ist - werden sie zugänglich sein. So lange werden die Objekte ausgestellt sein. Wir hoffen natürlich, dass es auch wirklich Leute geben wird, die sie schauen gehen. Aber eben, daher mein Vorsichtsapell, dass man sich an die Corona-Vorschrif-

ten hält, dass man nicht mehr als in 5er-Gruppen unterwegs ist und den Abstand einhält, Masken trägt. Einfach alles, was wir bereits wissen, so dass es nicht nur, wie es jetzt aussieht, im Vorfeld eine Supersache ist, sondern dass es auch zum Schluss eine genauso grossartige Sache gewesen sein wird, wenn wir dann darauf zurückblicken werden. Dies einfach zur Information, damit Sie das auch noch mitnehmen können. Wie gesagt auch zu Händen der Presse. Nur noch kurz: Man konnte es im Allschwiler Wochenblatt sehen, es gab eine Fasnachtszeitung, in der alle Standorte beschrieben sind, daran kann man sich gut orientieren. Vielen Dank.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Überbrückung. In der Zwischenzeit habe ich es geschafft, diesen Link einzugeben. Ihr könnt ihn sehen. Geschätzte Kolleg\*innen, wir haben hier im Einwohnerrat noch einen weiteren Reiter, bzw. in der Navigation wird ab Montag noch „Geschäfte“ eingefügt. Dann habt ihr das ganze Programm, in welches ihr z.B. einen Volltext eingeben könnt. Ich gebe als Beispiel „Flughafen“ ein, sicher ist das ein Thema. Nach dem Tippen der Enter-Taste erscheint „kleine Anfrage“, die ihr dann lesen könnt. Es gibt drei Einträge, die man auch jeweils als PDF oder als Exceltabelle herunterladen könnt. Man kann einen Titel eingeben, das ist überall dasselbe, und dann auf Senden klicken. Spannend wird es hier, man hat gemäss Auftrag alles getan und dann seht ihr, dass die Zahlen nicht alle bis zum Schluss 2010 aufgeführt sind. Dies deshalb, weil die pendenten Geschäfte alle noch aufgelistet sind. Sage und schreibe haben wir im Jahr 2010 noch ein Geschäft, eine Motion betreffend Umgestaltung des Allschwiler Dorfplatzes. Dieses Geschäft ist also noch nicht abgeschlossen. Somit können wir fortfahren, indem wir die Geschäftsnummer eingeben. Man sieht, wenn man z.B. 4321 eingibt, dass wir unter dieser Nummer ein Geschäft haben, es ist das Postulat Beschaffungsstrategie. So funktioniert das im weiteren Verlauf. Ihr könnt selbst auswählen, was ihr wollt, z.B. Interpellationen, Motionen, Postulate, Verfahrenspostulate, kleine Anfrage. Auf „Senden“ klicken, dann erscheint das Gewünschte. Man sieht drei Einträge: Die Urheber, welche die Eingabe gemacht haben. Es gibt vielleicht ein paar, die hier nicht erscheinen, die haben in den Jahren wahrscheinlich etwas vorgelegt, das nicht offiziell gemäss dem Auftrag vorgelegt werden muss, sondern nur jene, die noch offen sind. Nehmen wir z.B. Keller Ulrich und klicken auf Senden, so kann man sehen, er hat sieben Einträge. Wenn ich ein PDF erstelle, sieht man, was Herr Keller im Detail gemacht hat. Das PDF ist noch ergänzt mit Titel, Bemerkung, Geschäftsart, Urheber, Status und Sitzungsdatum aber auch z.B. nicht abgeschrieben, überwiesen, erledigt, Beantwortung. Wie gesagt, Sie können hier noch weiter vorstossen, Sie können auch noch weitere Urheber oder den Status anklicken. Das ist sicher auch etwas, das nun immer wieder auch Thema ist, wenn die Kolleginnen und Kollegen wissen wollen, was ist noch nicht behandelt, zurückgezogen oder eben Beantwortung muss innert drei Monaten nach Einreichung erfolgen. So sehen wir, dass wir z.B. eine kleine Anfrage haben, das ist die, welche ich bereits zuvor erwähnt habe, die kleine Anfrage betreffend Plakatwände in Allschwil kam am 9. Februar rein. Nicole Müller hat sie pflichtbewusst erfasst. Somit ist alles aufgezeichnet. Noch einmal: man sieht, das ist nun frisch, daher gibt es an dieser Stelle noch keine Bemerkungen. Ansonsten würde hier noch Ablehnung, Zustimmung oder was der Gemeinderat getan hat, angezeigt. Wir können stolz sein, dass wir das haben. Es brauchte etwas Zeit, aber ich denke, es ist ein sehr wertvolles und gutes Tool. An dieser Stelle möchte ich Nicole Müller und ihrem Team ganz herzlich danken, dass sie das für uns im Einwohnerrat gemacht haben. Ich hoffe, dass die entsprechenden Votanten, die es eingegeben haben, es auch entsprechend rückmelden. Ich danke für das Angebot. Falls jemand noch Fragen hat: Am 15. werdet ihr eine E-Mail erhalten. Dann könnt ihr selbst ein wenig surfen und tun und schauen, wenn es irgendetwas gibt, das nicht ganz korrekt ist, könnt ihr Nicole Müller schreiben. Sie wird das umgehend beheben. Ich glaube aber, ihr werdet nicht viel oder gar nichts finden. Besten Dank. Damit wäre ich mit den Informationen fertig.

**Christian Kellermann**, Präsident: Sehr schön. Das freut uns ungemein. Vielen Dank für diese zukunftsweisende Erneuerung, aus der wir im Einwohnerrat oder auch die ganze Allschwiler Bevölkerung Nutzen ziehen werden können. Gibt es sonst noch eine Information seitens des Gemeinderats? Wenn nicht, fahren wir mit dem Geschäft weiter.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 20.8.2018, betreffend Schul(um)bau partizipativ und veränderungsfähig planen und gestalten  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4406 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person, Ueli Keller. Er gibt das Wort gleich an Gemeinderat Christoph Morat weiter.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Ueli. Wir haben eigentlich einen ausführlichen Bericht zu diesem kurzen und trockenen Antrag von dir, der da lautet: Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie auch Allschwil aktuell und konkret beispielsweise beim Aussenraum des Schulhauses Gartenhof oder bei der Renovation des Schulzentrums Neuallschwil auf der Basis einer partizipativen und veränderungsfähigen Planung und Gestaltung zu in der Tat kindgerechten und nachhaltig nutzerfreundlichen Bildungsbauten kommen kann. Für den Gemeinderat und die Verwaltung war es nicht ganz einfach, was wir denn nun genau beantworten sollen. Wir haben uns entschieden, dass wir vor allem ein Wort zur Partizipation sagen. Partizipation findet in Allschwil schon viele Jahre statt, das haben wir bereits begonnen, als wir mit der Planung und dem Bau des Schulhauses Gartenhof begonnen haben. Schon damals gab es einen Partizipationsprozess. Es gab einen beim Lindenplatz. Dieser wurde leider von den damaligen Gegnern des Lindenplatzes nicht so richtig wahrgenommen. Es ging weiter, wir haben viele Sachen in den Erwägungen der Beantwortung dieses Postulats aufgelistet. Wie gesagt, wir wussten nicht genau, worauf sie abzielt. Ist es die anstehende Schulraumplanung, vor allem in Neuallschwil aber auch flächendeckend. Dazu muss man sagen, im Jahr 2018 war vielleicht noch nicht sehr vieles über die Schulraumplanung klar, wie das heute ist. Silvia Stucki konnte zuvor bereits eine kurze Information geben, wo das Projekt im Augenblick steht, nämlich ganz am Anfang. Oder zielt das Postulat auf die Partizipation in Allschwil ab? Wie gesagt, dies haben wir versucht, so zu beantworten. Es kann allerdings auch sein, dass es auf etwas abzielt, das der Gemeinderat heute nicht beantworten kann. Nämlich, auf veränderungsfähige Bildungsbauten. Das wissen wir heute noch nicht. Wahrscheinlich werden wir es auch in Zukunft nicht wissen, denn die Bildung befindet sich in einem grossen Umbruch. Wir wissen nicht, was die Bildung in 15, 20 oder 25 Jahren benötigen oder verlangen wird. Einige Dinge, von denen du, Ueli, vor allem in deiner Begründung schreibst, lassen darauf hinweisen, dass die unbestrittene Tatsache, dass die Schule von heute auf einer 150-jährigen oder gar über 150-jährigen Tradition beruht, dringend angeschaut werden muss. Ich glaube nicht, dass es stufengerecht ist, wenn man heute in der Beantwortung eines Postulats sagt, jawohl, alles richtig, wir müssen unser gesamtes Schulsystem, unsere ganze Schulraumplanung, die auf einem Schulsystem aufgebaut ist, ändern. Das können wir so in dieser Deutlichkeit nicht sagen. Die Behauptung, sehr prominent gleich zu Beginn im Antrag eingebracht, neun von zehn Schulen eigneten sich erwiesenermassen nicht für eine Bildung, haben wir auch noch einmal in die Beantwortung eingebracht. Der Gemeinderat und die Verwaltung finden diesen Satz doch sehr provokativ. Dazu haben wir etwas geschrieben. Ich glaube nicht, dass 9 von 10 Schulen sich nicht fürs Unterrichten eignen. Es kann sein, dass sich neun von zehn Schulen nicht für die Vorstellung von allen Leuten eignen, die in der Bildung mitreden. Das sind bekanntlich alle, die irgendwann einmal selbst zur Schule gegangen sind oder Kinder in der Schule haben. Das kann man nicht erfüllen. Wir werden uns weiterhin daran orientieren, was die Nutzerinnen und Nutzer, insbesondere die Schulleitungen, der Schulrat, in die verschiedenen partizipativen Arbeitsgruppen einbringen. Wir werden auch bei einem nächsten, grösseren Projekt den partizipativen Prozess weiterziehen, weiterführen, weiterentwickeln. Wir werden sehen, dass wir auf diese Weise zu vernünftigen Planungen kommen. Übrigens auch Planungen, die veränderbar sind. Auch das Schulhaus, das gleich hier nebenan steht - wir sind hier nur im Hallenbau - ist veränderbar, falls die entsprechenden Bildungspläne, Bildungssystem, Bildungskonzepte es tatsächlich erfordern würden. Aus diesem Grund bitte ich Sie, dieses Postulat, wie es der Gemeinderat im Antrag formulierte, abzuschreiben, so dass wir weiterarbeiten können.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich danke dem Gemeinderat vielmals für diese Antwort. Ich bin mit dem Abschreiben einverstanden. Ich würde aber gerne noch zwei, drei Dinge sagen. Das Erste ist: Ich hatte im Zusammenhang mit dem Postulat zwei Sternstunden. Die erste Sternstunde war, als Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli in einer Aussprache mit der GPK sagte - diese Aussprache wurde heute schon einmal erwähnt - wir hätten mit der Schulraumplanung in

Allschwil ein Problem. Dies war für mich in dem Sinn eine Sternstunde, dass es die Türen zum Hinschauen und Weiterentwickeln öffnete. Ich danke der Gemeindepräsidentin auch heute noch für diese Einsicht, dass man ein Problem hat und etwas unternehmen muss. Die zweite Sternstunde war, als die Gemeinderätin Silvia Stucki uns über das, was nun in Angriff genommen wurde, informierte. Eine Schulraumentwicklung, die am Anfang steht, und partizipativ mit den Beteiligten aus den Behörden, aus der Schule und aus der Politik entwickelt wird. Wirklich ausserordentlich. Silvia Stucki, vielen Dank für die Bereitschaft, es auf diese Weise in die Wege zu leiten. Natürlich freut es mich, dass man für die Projektleitung Katharina Lenggenhager angestellt hat. Ich erwähne das in diesem Zusammenhang, weil Katharina und ich vereinbart haben, dass wir NICHT über die Allschwiler Schulraumplanung sprechen. Über das sprechen wir nicht. Wir wollen die Rollen nicht vermischen. Nun habe ich noch zwei Bemerkungen. Die eine ist zur Provokation zu den 9 von 10 Schulen, die sich nicht zur Bildung für die Zukunft eignen. Darauf werde ich immer wieder angesprochen, dass das nicht stimme, oder was ich denn eigentlich damit meine. Die zweite Bemerkung ist zur Partizipation. Dazu höre ich in Allschwil immer: „Wir machen Partizipation.“, ich aber meine, nein. Daher bin ich es schuldig zu sagen, was ich unter Partizipation verstehe, ich mache das dann ganz kurz. Also: Neun von zehn Schulen eignen sich nicht für die Bildung. Als Christoph Eymann im Jahr 2000 als Regierungsrat und als Erziehungsdirektor mein Chef in Basel wurde, fragte er mich: „Herr Keller, Sie blicken durch, nennen Sie mir drei Dinge, die wir unbedingt in Basel tun müssen. Ich verstehe es nicht.“ Christoph Eymann ist sehr gut, aber er behauptet nicht Dinge, die er nicht versteht. Ich habe gesagt: „Herr Eymann, das Erste, was wir in Basel tun müssen, sind Tagesschulen.“ Dann meinte er: „Also, machen Sie Tagesschulen, hopp!“ Ich machte ein Konzept, das hiess - nein, ein Konzept habe ich nicht gemacht, eine Vision, diese Konzepte kann ich nämlich nicht leiden - ich machte eine Vision „Tagesschulen 2025“. Ich habe grosse Freude, dass Basel-Stadt nah am Ziel ist. Nicht nur nah bei 2025, sondern nahe am Ziel. Aber das grosse Problem war nicht die Tagesbetreuung. Das grosse Problem ist, dass von 32 Primarschulen in Basel sich 32 nicht für eine Tagesschule eignen. Punkt. Das war eine riesige Herausforderung und geblieben. Nun hat Basel-Stadt 32 Tagesschulen, jetzt. Damals, im Jahr 2000 waren es 32 Primarschulen, die sich nicht geeignet haben. Man musste ganz viele flexible Lösungen schrittweise, sukzessive entwickeln. Jetzt kann man sagen, ja das sind alte Schulhäuser und man muss schauen, dass sie sich eignen. Stimmt nicht. Auch neue Schulhäuser eignen sich nicht. Dazu ein Beispiel: Ich war eingeladen, in Regensburg eine Primarschule anzuschauen, welches neu gebaut worden war, ausgewählt aus 240 Projekteingaben aus ganz Europa. Also die Beste von 240 Schulen. Ich ging diese Schule anschauen, ich war dazu eingeladen. Dann hatte ich gedacht, was ist denn hier los. Was ist denn hier los? Es gab ausschliesslich Räume, in denen nur Möbel standen. Ich hatte den Schulleiter und die Lehrpersonen gefragt, weshalb in diesen Räumen Möbel stünden. Sie antworteten, man könne sie nicht nutzen, die Räume könnten sie nicht nutzen, das sei nicht ihr Konzept. Damals war das ein Konzept, wonach eine ganze Generation von Schulhäusern gebaut wurde. Unterrichtszimmer plus Gruppenraum - Unterrichtszimmer plus Gruppenraum - Unterrichtszimmer plus Gruppenraum. Wenn eine Schule diese Art nicht wollte, hatten die Gruppenräume Pech, dann wurden sie einfach nicht genutzt. Ich könnte ellenlang erzählen, wie sich auch neue Schulen nicht für die gewollte Bildung eignen. Das sind nicht einfach kopflose Ideen von irgendwelchen Spinnern, sondern es sind Konzepte, die nicht realisierbar sind. Was man tun kann, damit es nicht soweit kommt? Ich bin sehr an der Sache dran, beratend, beteiligt. Man muss Schulen flexibel veränderungsfähig bauen. Schulen müssen so gebaut sein, damit in ihnen unterschiedliche Konzepte durchgeführt werden können. Wenn man Schulen ausserordentlich gut baut aber nur für ein Konzept, wie z.B. Unterrichtszimmer, Gruppenräume - Unterrichtszimmer, Gruppenräume, und die das dann nicht wollen, ist es nicht mehr veränderungsfähig. Soviel zu den neun von zehn Schulen, die sich nicht eignen. Kurz ...

**Christian Kellermann**, Präsident: Herr Keller - ich weiss nicht - vielleicht - nicht, dass Sie jetzt einen neuen Bericht verfassen!

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Gut. Nun kommt die Partizipation. Die Partizipation hat, wenn sie vollständig durchgeführt wird, fünf Stufen. Die erste Stufe ist die Information. Zur Information gibt es zwei Beispiele: Das, was Gemeinderätin Silvia Stucki uns über die Schulraumplanung erörtert hat, das war Information. Oder, die Gemeinde hat Information zur Entwicklungsplanung der Binningerstrasse gegeben. Die zweite Stufe ist Mitsprache. Man informiert die Bevölkerung nicht nur, sondern man fragt sie auch, was habt ihr für Ideen, was für Anliegen. Dies wurde beim Lindenplatz getan. Und fertig. Die dritte Stufe ist Mitbestimmung. Die Leute, die man nach ihren Ideen und Anliegen fragt, können mitentscheiden, was getan wird. Eine solche Partizipation habe ich bei der Bevölkerung in Allschwil noch nie erlebt. Ich wohne nun bald 50 Jahre hier. Vielleicht habe ich nicht immer aufgepasst. Ich erhoffe mir, dass wir nun beim Lindenplatz eine solche Partizipation mit Mitbestimmung durchführen. Die vierte Stufe ist Mitwirkung. Das ist eine sehr wertvolle Stufe, denn wenn die Leute

---

bei der Gestaltung eines Projektes helfen können, dann identifizieren sie sich damit. Mitwirkung erlebte ich sehr viele Male z.B. bei Pausenhöfen, die eignen sich wunderbar. Es gibt aber auch weitere, auch der Lindenplatz, die sich für eine Mitwirkung eignen würden. Die fünfte Stufe ist die Selbstverwaltung. Selbstverwaltung ist die Stufe, die man höchstselten erreicht. In Allschwil gibt es ein Projekt mit Selbstverwaltung, das heisst „Allschwil bewegt“. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Basil Wagner**, SP-Fraktion: Auch wir von der SP-Fraktion danken dem Gemeinderat für diesen Bericht. Wir sind mit seinem Antrag, ihn abzuschreiben, einverstanden. Danke schön.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Zuerst mal ein Dankeschön an Ueli Keller für dieses interessante Thema. Ich finde das Thema sehr wichtig. Die Beantwortung - na ja, ich will mich nur noch einmal auf den Bericht beziehen - fand ich eher ein wenig dürftig. Vielleicht liegt es daran, dass der Gemeinderat es nicht richtig verstanden hat. Ein kleiner Punkt ist die Schulraumplanung, wenn ich es betrachte, gut und recht. Wenn aber die Schulleitung oder sogar der Gesamtschulleiter als Nutzer in einem Verfahren partizipativ mitmacht, na ja, finde ich es etwas kurz. Denn vor allem der Gesamtschulleiter gehört von mir aus gesehen bei so etwas in die Projektgruppe, ins Projektteam. Ich fragte mich, als ich vom partizipativen Mitmachen gelesen habe, trotzdem grundsätzlich, welche Nutzerideen mir in den Sinn kommen, die in den letzten 4 bis 5 Jahren und bis heute umgesetzt wurden. Ehrlich gesagt, es fiel mir keine einzige Idee ein. Oder, vielleicht, ich weiss es nicht, aber Ueli Keller, wir sind seit mehreren Jahren genauso weit. Deshalb habe ich, das habt ihr heute zu Beginn bereits gehört, ein Postulat geschrieben. Ihr werdet es erhalten, ein Postulat über das Partizipationsverfahren in gemeinderätlichen Berichten, bei dem es darum geht, damit wir Einwohnerräte in den Verfahren grundsätzlich informiert werden, was in eben genau diesen Verfahren berücksichtigt und schlussendlich durchgeführt wurde. Ich hoffe, ihr werdet mich dann unterstützen. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4406 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Seite 5, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat, Geschäft 4406, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Somit ist dieses Geschäft einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über das Geschäft: Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Somit ist dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend Aneluege und luege, dass gluegt wird ...  
... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (Flugverkehr I)  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4458 / B

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person. Dies wird verneint, ich darf das Wort gleich an Gemeinderat Philippe Hofmann geben.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ihnen liegt das Geschäft 4458 vor, wie gesagt wurde, das Postulat von Ueli Keller, Aneluege und luege, dass gluegt wird. Der Postulant möchte, dass sich der Gemeinderat beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft dafür einsetzt, damit am Flughafen aufgrund der geplanten Ausbauabsicht eine fachgerechte und neutrale Umweltverträglichkeitsprüfung, eine sog. UVP, verlangt und durchgesetzt wird, sowohl beim Bundesrat wie auch beim Regierungsrat Basel-Stadt als Verantwortlicher für den schweizerischen Teil am EAP. Das Postulat liegt schon länger vor, es wurde am 15. Mai überwiesen. Am 16. Oktober 2019 informierte der Gemeinderat den Einwohnerrat ein erstes Mal über die Ergebnisse. Der Einwohnerrat entschied sich damals gegen die Abschreibung, weshalb dieses Geschäft weiterhin aufliegt. Am 12. November 2019 hatte der Gemeinderat ein Gespräch mit dem zuständigen Regierungsrat Weber aus dem Baselbiet und dessen Pendant aus Basel, damals noch Regierungsrat Christoph Brutschin. Weitere Teilnehmer an diesem Treffen sind im Bericht erwähnt. Nicht unerwartet sieht niemand der Ansprechpartner eine konkrete Möglichkeit, um diese UVP zu verlangen. Mehr noch: Man hat uns signalisiert, dass man in einer UVP keine geeignete Massnahme sähe, um Fluglärm zu verhindern. Vielmehr möchten die zwei Regierungsräte der Kantone wie auch der EAP an den angedachten Massnahmen festhalten. Beispielsweise an dem Startverbot nach 23 Uhr oder an dem bereits oft verwendeten Begriff „Lärmkorsett“. Sie sehen, geschätzte Einwohnerräte, es kann nicht auf die Unterstützung gezählt werden. Der Gemeinderat bleibt den aufgeführten Massnahmen gegenüber auch sehr skeptisch. Das Verbot von geplanten Starts ist für die Vermeidung von Lärm komplett untauglich, denn der Abbau von Verspätungen wird davon explizit ausgenommen. In einem komplett überlasteten Luftraum ist das Sand in die Augen gestreut. Wir dürfen uns aktuell nicht von der Situation, in der aufgrund von Corona nicht viel geflogen wird, blenden lassen. Es wird sich, sollte es sich wieder so einstellen, wie es alle diese Billig-Airlines wollen, was diversen Medien zu entnehmen war, in denselben Ausmassen fortsetzen. Wir wissen zurzeit auch nichts Genaueres über dieses Lärmkorsett. Die Absicht aber, dass damit der Lärm nicht eingeschränkt, im Sinn von vermindert werden soll, sondern im Gegenteil legitimiert, in dem Sinn, dass sich Lärm innerhalb eines festgesetzten Perimeters und der entsprechenden Intensität ausbreiten darf, hilft zur Lärmverminderung sicher nicht. Es ist sogar zu befürchten, dass bei sich verringerndem Lärm pro Flug die Meinung durchsetzen könnte, dass dann mehr Überflüge durchgeführt werden könnten, weil ja der Lärm als Ganzes nicht zugenommen hat. Wenn Sie mich fragen, ein fertiger Witz. Der Gemeinderat bleibt also skeptisch, wacht aufmerksam, was am EAP geschieht. Ebenfalls stehen wir noch in Kontakt mit den Regierungen und dem EAP. Im Jahr 2020 nahm daher der Gemeinderat an einer Besprechung in Sachen Umweltabgabe teil und nutzte diese Gelegenheit auch zum informellen Austausch. Zudem setzen wir eigene Bestrebungen in Gang, um Klarheit darüber zu erhalten, ob die UVP tatsächlich nicht durchgeführt werden kann. Wir fragten ein schweizerisches und ein französisches Anwaltsbüro um Unterstützung an, damit wir klären können, was der Unterschied und die Gemeinsamkeiten einer französischen und einer schweizerischen UVP sind und wie sich unser Handlungsspielraum akzentuieren könnte. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat abzuschreiben und danke fürs Zuhören.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Gegenüber dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft meine ich, hat der Gemeinderat das Optimum gemacht. Wirklich, das Optimum. Ich danke dem Gemeinderat vielmals. Man darf es nicht unterschätzen. Ich glaube, der Regierungsrat Basel-Landschaft hat es vor allem auch dank des Gemeinderats Allschwil und auch dank Landrätinnen und Landräten aus Allschwil verstanden, dass ein Problem besteht, welches keine gute Situation darstellt. Noch einmal: Herzlichen Dank dem Gemeinderat Allschwil, dass er sich so sehr engagiert hat, dass er an der Sache dranbleiben will und beidem gut Ausdruck verliehen hat, sowohl den Interessen von Allschwil als auch, wie wir von Gemeinderat Philippe Hofmann gehört haben, dem Dranbleiben und die Gründe dafür. Ich bin für das Abschreiben.

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Damit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte im Folgenden gleich zu allen drei Postulaten sprechen, einfach um es abzukürzen. Die SP-Fraktion wird alle drei Postulate abschreiben, mit einem grossen ABER: Wir werden heute Abend das Thema Flugverkehr und Thema Fluglärm definitiv nicht abschreiben. Fluglärm ist und bleibt etwas, was die Allschwiler Bevölkerung bewegt. Auch wenn wir auf Gemeindeebene einen schweren Stand haben, um in Frankreich etwas zu bewegen, ist es wichtig, dass wir trotzdem weiterhin versuchen etwas zu tun und den Status Quo nicht einfach so hinnehmen. Wie auch zuvor schon gesagt wurde, man darf nicht vergessen, dass der aktuelle Flugbetrieb durch Covid19 beeinflusst wird, und man sich darum nicht zu sehr über die vermeintliche Ruhe freuen darf. Selbstverständlich begrüssen wir es sehr, dass die Thematik beim Gemeinderat nicht vom Tisch ist, dass weitere Treffen mit dem Regierungsrat und dem Flughafen geplant sind. Wir alle hier im Rat müssen in Zukunft beim Thema Fluglärm genau hinschauen und schauen, dass hingeschaut wird. Besten Dank.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte vorschlagen, Philippe Hofmann, dass wir das Verfahren abkürzen und dass ich jetzt gleich zum zweiten Postulat komme. Oder wollen wir zuerst abstimmen? Ich kann es kurz machen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ja gut, wir müssen trotzdem - ja, doch, wir müssen es einzeln abschreiben. Wir können dann aber auch zügig voranschreiten. Sind weitere Wortmeldungen vorhanden? Wenn nicht, ist die Rednerliste erschöpft, und ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4458 B abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Seite 6, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat, Geschäft 4458, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben es somit einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über das Geschäft als Ganzes.

://:

Auch das haben Sie einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 7**

Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat

von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend

Aneluege und luege, dass gluegt wird ...

... vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Flugverkehr II)

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4459 / B

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich nehme an, dass auch hier ... nicht? Das Wort hat also zuerst die antragstellende Person, Ueli Keller.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Kehren wir es mal um, jetzt beginne ich erst mal. Zuerst möchte ich noch kurz etwas vorschieben. Was in der Fasnachtszeitung stand, dass ich nicht mehr schlafen könne, weil der Flugverkehr fehlt, ist keine reine Tatsache. Ich bin so normal wie die meisten Allschwiler, ich freue mich, dass es nicht mehr so viel Flugverkehr hat und hoffe, dass er nicht wieder gleichermassen los geht und immer mehr wird. Jetzt zu dem, mit Regierungsrat Basel-Stadt. Ich habe hier auch das Gefühl, der Gemeinderat Allschwil hat das Möglichste getan. Ich habe aber eine Frage. Basel-Stadt verhält sich gegenüber Allschwil und dem Umland bezüglich Flugverkehrs seit 50 Jahren

---

kolonialistisch. Basel-Stadt ist für den Flugverkehr des Schweizer Teils verantwortlich. Basel-Stadt profitiert vom Flugverkehr, und die anderen haben nichts. Doch sie haben was, den Lärm. Meine Frage ist: Hat der Regierungsrat Basel-Stadt das endlich einmal zugegeben?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Um es kürzer zu machen, verzichte ich um den ganzen einleitenden Teil. Welches Geschäft Ihnen vorliegt, wissen Sie selbst. Worum es darin geht, haben wir auch bereits beschrieben. Auf die Frage von Ueli Keller im Speziellen komme ich ganz am Schluss. In diesem Postulat geht es um den Zusammenhang mit der unsäglichen Verschiebung der RNAV-Routen über schweizerischem Territorium, für die der Postulant eine Verletzung des Espoo-Abkommen geltend machen will, aber auch im Weiteren um den geplanten Ausbau des EAP. Der Gemeinderat hat als Reaktion darauf am 30. August einen entsprechenden Brief an Regierungsrat Brutschin geschrieben, in dem er seine kritische Haltung gegenüber diesen Ausbauplänen darlegte und um ein Treffen bat. Dieses Treffen fand statt. Ich erwähnte es bereits beim vorigen Traktandum. Auf Antrag beider Regierungsräte wurde das gemeinsame Treffen am 12. November abgehalten. Herr Brutschin anerkennt, dass der Fluglärm zugenommen hat und dass daher rasch Lösungen kommen müssen. Auch in Sachen RNAV-Verschiebung streitet niemand ab, dass es in Allschwil eine Mehrbelastung gibt. Der EuroAirport stellte in Aussicht, dass im 2. Quartal 2020 die Flugspuren ausgewertet werden sollen. Am 18. Juni informierte der EAP, es sei umgesetzt, was aber nur teilweise stimmte. Es mussten Nachjustierungen vorgenommen werden. Für grosse, schwere Flieger muss es aber noch nachgeholt werden, Corona hin oder her, da bleiben wir dran. Das wurde nämlich noch nicht getan. Auch soll das Abflugregime der Piste 15, das sind eben Starts in Richtung Süden, bis ins 2022 angeschaut werden. Da sind wir gespannt, und ich wäre nicht überrascht, wenn eine Corona-Ausrede noch zu weiteren Verzögerungen als Erklärung herhalten müsste. Mit diesen Ausführungen würde ich bitten, das Postulat abzuschreiben. Ich komme abschliessend noch zu dieser Frage. Ich habe dem Regierungsrat die Frage betreffend Kolonialismus nicht explizit gestellt. Daher kann ich auch nicht wissen, ob er es jemals zugegeben hat oder nicht. Ich bin aber schon nur dankbar oder zufrieden, dass man seitens Basel-Stadt schon mal anerkannt hat, dass a) Allschwil existiert, b) Lärm darüber stattfindet und c) man diese Sache angehen muss. Viel mehr kann ich vom Regierungsrat Basel-Stadt nicht unbedingt erwarten. Jetzt hat es Wahlen gegeben, jetzt sind neue Leute da. Neue Leute, neues Glück, neue Chancen. Wir suchen wieder den Dialog, und vielleicht ändert sich etwas.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin mit dir einverstanden: neue Leute, neue Chancen. Die müssen wir nutzen. Mit dem Abschreiben bin ich einverstanden.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Dann wäre die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet. Es scheint keine Wortmeldungen zu geben. Damit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4459 B abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Seite 6, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat, Geschäft 4459, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben das Geschäft einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über den Abschluss des Berichts als Ganzes.

://:

Auch diesen haben Sie einstimmig abgeschrieben.



01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 8**

Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat von Ueli Keller, Grüne, vom 24.4.2019, betreffend Aneluege und luege, dass gluegt wird ...  
... vom Schweizerischen Bundesrat (Flugverkehr III)  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4460 / B

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Nun doch auch, würde ich gerne das Wort zuerst Gemeinderat Philippe Hofmann geben.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Wenn das gewünscht ist, geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Das letzte im Trio der drei Aneluege-und-luege,-dass-gluegt wird-Postulate. Es geht in diesem Postulat darum, dass sich der Gemeinderat bei der zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga von der SP, ihres Zeichen zu dieser Zeit Bundespräsidentin, einsetzt, damit der Bundesrat als Gesamtgremium, als übergeordnete, für die Schweiz verantwortliche Behörde, sich nach Recht und Pflicht dafür einsetzt, dass - nun kommen die Forderungen - es am EuroAirport einen Ausbaustopp gibt, bei einem allfälligen Ausbau aber zwingend eine UPV stattfinden muss, die Flugrouten umgestaltet werden, um den Lärm fair zu verteilen und den Sicherheitsbedenken Rechnung zu tragen, der Lärmvorsorgeplan von Frankreich nachjustiert wird und dabei auch das Schweizer Territorium berücksichtigt wird, um den dortigen Lärm zu reduzieren, und auch die Nachtflugsperre analog der anderen Schweizer Landesflughäfen soll angeglichen werden. Auch dieses Postulat wurde wie die zwei anderen an der Sitzung, die ich bereits erwähnt habe, von Ihnen nicht abgeschrieben, sondern stehen gelassen. Daher komme ich noch einmal dazu, hoffentlich als Abschluss, etwas dazu zu sagen. Was haben wir unternommen? Auf das Postulat hin schrieb der Gemeinderat einen ersten Brief an Frau Sommaruga und sie darin um ein Treffen gebeten. Am 26. September antwortete die Bundesrätin kurz und knapp abschlägig. Der Brief war sehr dürr. Uns war sofort klar, dass wir uns das nicht gefallen lassen und fragten noch einmal an. Am 6. März kam wieder ein Brief, auch dieser war ablehnend. Dann waren es nicht die laufenden Massnahmen am EuroAirport, die zur Absage dieses Treffens führten, sondern Corona. Das Parlament hat daraufhin das Umweltgesetz angenommen und damit Flugticketabgabe beschlossen. Dabei verpassten es beide nationalen Vertreter beider Kantone, sich mehrheitsfähig Gehör zu verschaffen und darauf hinzuweisen, dass damit beim EAP keine Lösung, sondern eine Verschlechterung geschaffen wird, weil die Divergenz zwischen französischen und schweizerischen Abgaben massiv ist. Die Konsequenz wird sein, dass sich die Airlines aus dem schweizerischen Sektor zurückziehen werden und neu ab französischem Sektor fliegen werden. Somit schwindet der Einfluss der Schweiz massiv. Frankreich generiert Geld und wird sich gegen diese Verlagerung sicher nicht wehren. Was bleibt, ist einzig und allein der Lärm, weil wahrscheinlich auch weiterhin geflogen wird, auch wenn es zu den jetzigen Corona-Zeiten nicht danach aussieht. Also haben wir am 21. September Frau Sommaruga ein drittes Mal geschrieben. Auch dieses Mal gab es ein sehr dürres „Niet“. Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir haben es versucht. Für Frau Sommaruga war es nicht wichtig genug, sich zu dieser Zeit unserer Probleme anzunehmen. Wir haben es deshalb sein lassen. Wenn ich drei Mal frage und drei Mal ein Nein erhalte, irgendwann habe ich es begriffen, es ist zu weit weg. Wir müssen halt die kalte Schulter akzeptieren. In der Summe dieser Vorstösse kann man das einzig Positive sehen, dass auch Frau Bundesrätin die Probleme grundsätzlich erkennt und sie darüber Kenntnis hat. Sie hatte immerhin drei Briefe erhalten. Ich hoffe, sie wird es auch nicht vergessen, denn Corona wird vorbeigehen, da bin ich sicher. Aber irgendwann werden wir wieder einmal an den Bundesrat gelangen müssen. Ich erwarte zwar nicht, dass man sich dann noch einmal an diese Briefe erinnert. Ich erwarte aber schon, dass wir vielleicht einmal eine anständige Antwort erhalten werden, keinen knappen Zweizeiler. Damit man sich ernsthaft an unser Anliegen wieder erinnern wird. Auf meiner Liste wird stehen: weiterhin einen Brief an den Bundesrat schreiben. Wann wir das tun werden, kann ich noch nicht genau sagen. Aktuell macht es sicher keinen Sinn. Wir vergessen das aber nicht völlig, und wir halten uns an diesem ganz kleinen Silberstreifen am Horizont fest, dass uns irgendwann irgendjemand aus der Landesregierung gerne anhören oder besuchen oder sonst irgendwie in Kontakt treten möchte. Mit diesen Ausführungen danke ich für das Zuhören zu allen drei Postulaten. Ich bitte darum, auch dieses Postulat abzuschreiben.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank, geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Vielleicht noch eine Ergänzung zu dem, was Philippe Hofmann sagte. Was er und der Gemeinderat noch nicht weiss, weil ich es erst heute bestätigt erhalten habe,

---

ist in diesem Zusammenhang Folgendes: Was der Gemeinderat allein nicht geschafft hat, mit Bundesrätin Sommaruga an einen Tisch zu kommen oder zumindest mal ins Gespräch zu kommen, hat nun eine Delegation aus folgenden Persönlichkeiten geschafft. Es sind dies Regierungsrat Kaspar Sutter, Regierungsrat Thomas Weber, Ständerätin Maya Graf, Ständerätin Eva Herzog, Raymond Cron, Vizepräsident des Verwaltungsrats des Euro Airports und meine kleine Wenigkeit. Wir haben es geschafft, dass wir nun ein kleines Zeitfenster mit der Bundesrätin erhalten werden, und zwar am Dienstag, 23. Februar. Von 18.00 bis 18.45 Uhr dürfen wir vorstellig werden, zu diesem Thema CO2-Flugticketabgabe, insbesondere der Herausforderungen, die sich für den Flughafen damit ergeben werden. Was dabei herauskommt, werden wir sehen. Wir werden sicher weiter darüber informieren.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Auch hier leistete der Gemeinderat vollständige Arbeit. Ich finde es grossartig, dass nun so eine Aussprache stattfinden wird. Danke schön. Im Übrigen habe ich in etwa dasselbe erlebt, was Philippe Hofmann schilderte. Ich habe Frau Sommaruga auch drei Mal geschrieben, weil ich in meiner Vergangenheit erlebt habe, dass die Leute denken, jetzt müssen wir mal eine Antwort geben, sonst hört der nicht auf. Nachdem ich zum dritten Mal schrieb, erhielt ich eine ausführliche Antwort. Das Problem war nur, was drinstand, stimmte nicht. Geschätzte Anwesende, das erleben alle Allschwiler, die an Frau Sommaruga schreiben. Es stimmt nicht, was drinsteht. Schrecklich. Erstens kommt immer dieselbe Leier, Frankreich sei schuld, wir können nichts tun. Das isch Chabis! Es könnte nun ändern, wegen dem, was Philippe Hofmann gesagt hat, wegen der Abgabesteuern. Bis jetzt ist aber die Hälfte des Flughafens ein Schweizer Flughafen und in der Verantwortung der Schweiz, delegiert an den Kanton Basel-Stadt. Das Zweite, was mir bei den Antworten des BAZL immer wieder auffällt, Frau Sommaruga unterschreibt die, wenn überhaupt, ja nur, ist, dass es nicht stimmt, was drinsteht. Es stimmt nicht, was drinsteht. Nicht nur bei mir, das ist auch bei anderen Leuten, die zu mir kommen und sagen, lesen Sie das mal, das stimmt doch nicht, es ist nicht so. Ich muss sagen, diese Erfahrung erschüttert mein Verständnis oder mein Vertrauen in die Demokratie. Das ist nicht okay. Ich bin auch bei diesem Postulat für das Abschreiben. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe hervorragend geleistet. Das ist okay. Ich habe mir aber mit einer kleinen Anfrage erlaubt nachzuhaken, damit der Gemeinderat dranbleiben kann. Danke.

**Christian Kellermann**, Präsident: Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet. Es gibt keine Wortmeldungen. Ich stelle fest, dass die Beratung des Geschäfts 4460 B abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Seite 5, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat, Geschäft 4460, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über dieses Geschäft. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Auch diesen haben Sie einstimmig abgeschrieben.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 9**

Bericht des Gemeinderates vom 2.12.2020, zum Postulat

von Julia Gosteli, Grüne, vom 29.4.2019, betreffend

Bauschuttalagerungen am Mühlebach

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4461 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Wem darf ich das Wort dazu geben?

---

**Simone Meier**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Julia Kirchmayr-Gosteli lässt für die sorgfältige Abklärung ihres Postulats danken und schätzt besonders, dass auch Abklärungen und Kontrollen vor Ort durchgeführt wurden. Auch danken wir den Angestellten aus dem Bereich Bau, Raumplanung und Umwelt dafür, dass sie in den nächsten Monaten zumindest die losen Teile dieses alten Stauwerks entfernen werden. Dazu ist noch anzufügen, dass wir kürzlich auch am Lützelbächli illegal entsorgte Gegenstände entdeckt haben. Vielleicht kann auch dort noch ein Kontrollgang durchgeführt werden. Die Bevölkerung kann kaum unterscheiden, ob es sich um Überreste eines alten Stauwerks handelt, oder eben doch um illegale Entsorgung. Besonders im Naherholungsgebiet gehören sämtliche Überreste weggeräumt und fachgerecht entsorgt. Wir werden weiterhin ein Auge darauf werfen und hoffen, dass die Gemeinde an diesem Thema dranbleibt. Danke.

**Christian Kellermann**, Präsident: Vielen Dank. Dann gebe ich das Wort nun gerne an Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Als wäre mein Text selbst vorgelesen worden. Es sind bereits die Worte gefallen, die ich Ihnen noch einmal erzählen könnte. Daher unterlasse ich es. Es wurde bereits korrekt gesagt, wir werden uns dieser Sache annehmen und die vorhandenen, losen Teile herausnehmen. Ich bin dankbar für den Hinweis, dass offenbar weitere Dinge in den Bächen illegal entsorgt werden. Ich bin mir - leider - sicher, es wird nicht das letzte Mal sein; solche Sauereien gibt es nun mal. Ich möchte den Grünen noch für ihre Bachputzete, welche sie jeweils ausführen, danken. Ich finde die eine gute Sache. Es ist im Grunde genommen traurig, dass sie nötig ist, aber es zu tun, ist eine gute Sache. Zu den Überbleibseln der Bauwehren muss man sagen, die werden nur dann zurückgebaut, wenn, wie man so schön sagt, Gefahr in Verzug ist. Also, wenn eine Beeinträchtigung besteht oder wenn eine Renaturierung durch den Kanton vorgesehen ist. Beides ist nicht der Fall. Auch wenn man nicht unterscheiden kann, ob es sich nun um ein altes Stauwerk oder eine alte Wasserableitung oder etwas Ähnliches handelt oder auch nicht, werden wir es vorerst mal liegen lassen. Wie aber auch geschrieben wurde oder ich gesagt habe oder wie bereits von der Vorrednerin gesagt wurde, wir werden die alten Teile herausholen und entfernen das, was lose ist. In anderen Bächen haben wir glücklicherweise keine illegalen Deponien gefunden. Das betreffend Lützelbächli nehme ich nun mit und werde es dem Bereich weitergeben. Dann hoffen wir, dass wir auch dort alles, was nicht in den Bach gehört, rausfischen können. Ich bitte Sie daher, das Postulat abzuschreiben.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Damit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Liebe Ratsmitglieder. Wir sind auch sehr froh, dass die Antwort so lautet. Ich möchte aber trotzdem vielleicht einen positiven und einen negativen Aspekt einbringen. Der positive Aspekt ist: Wir haben hier ein Beispiel von Partizipation, die Bevölkerung nimmt es selbstverwirklichend an die Hand, damit man diese Gewässer überwacht. Wie es im Bericht steht, ist das eigentlich die Pflicht der Gemeinde. Das ist es, was mir in diesem Bericht negativ zu sein scheint. So wie ich ihn lese, musste man erst einmal das Gesetz durchlesen und fand dann heraus, dass man eine Verantwortung hat. Dann hat man darauf reagiert, weil es diesen Antrag gibt. Das ist schade. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Verwaltung natürlich sehr unter Druck steht, es gibt vieles zu tun, usw. usf. Aber, wie gesagt, die positive Seite ist, wir haben Leute, die dazu beitragen, und es ist auch gut, dass der Gemeinderat hinhört. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4461 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Seite 5, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat von Julia Gosteli, vom 29. April 2019, betreffend Bauschuttablagerungen im Mühlebach, Geschäft 4461, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung über das Geschäft. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Auch das haben Sie einstimmig abgeschrieben.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 10**

Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2020, zum Postulat von Mark Aellen, FIREKO, vom 3.12.2019, betreffend Überarbeitung der Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Siedlungsgebiet nach dem Bauinventar des Kantons Basel-Landschaft und Ortsbildschutz Borerhof/Lindenplatz bzw. der Richtlinien betreffend Gemeindebeiträge an Bauten im Dorfkern  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4499 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person, Mark Aellen.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Dankeschön. Wir haben hier wiederum einen Fall von Beantwortung, die davon zeugt, dass man die Frage vielleicht nicht verstanden hat. Die Frage war: Was sind die Konsequenzen? Aufgelistet wurde, was der Status ist. Das ist nicht sehr hilfreich, denn das beantwortet die Frage nach den Konsequenzen nicht. Vielleicht würde es helfen, wenn man den Antragsteller bei vorhandenen Unklarheiten noch einmal zu Rate zieht, damit man die Antwort, die es eigentlich hätte geben sollen, klar abgeben kann. Wenn man das nun als „Das ist halt die Situation, wir können nicht so genau abschätzen, was die Konsequenzen sind.“ interpretiert, dann ergibt sich aus diesem Standpunkt, dass Denkmalschutz quasi eine kantonale Sache ist. Wenn das von den Eigentümern nicht mehr getragen werden kann, dann ist es der Kanton, der eine Enteignung angehen muss. Somit sind wir in diesem Sinne ohne Konsequenzen aus dem Schneider. So kommt man auch zum Schluss, dass es keine Revision benötigt, denn man leistet Beiträge an jene, die ihre Sachen instand halten. So kann man das akzeptieren, war aber, wie gesagt, eigentlich nicht das Anliegen der FIREKO, sondern dass man ein wenig aufzeigt, was die möglichen Folgen davon sein könnten. Weil wir doch einiges an Denkmälern im Dorf haben. Aus dieser Antwort entnehme ich, Denkmalschutz ist nicht unbedingt Sache der Gemeinde, sondern eher Sache des Kantons. Was von der Rechtslage her klar ist. Dass sich die Gemeinde halt um einzelne Objekte kümmert, welche ihr schwer am Herzen liegen, wie z.B. eine Dorfkirche, welche die ganze Fragestellung ausgelöst hatte. Ich kann mich mit dieser Antwort des Rats zufrieden geben, obwohl, wie gesagt, die Auflagen eigentlich nicht vollständig erfüllt wurden, aber man sieht, wo der Rat steht, welches die Grundlagen sind, auf deren eine Entscheidung getroffen wird, ob man etwas revidieren möchte oder nicht. Wir nehmen es in der FIREKO so zur Kenntnis. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Dann gebe ich das Wort gerne an Gemeinderat Christoph Morat.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Man kann auf diese Weise herauslesen, dass das Wort „Auswirkungen“, welches im Antrag steht - da hast du völlig recht, Mark Aellen - so nicht direkt beantwortet wurde. Sondern, es steht eher ein wenig als Ausblick, wohin die Reise führt, wenn man es tun könnte. Die Verwaltung und der Gemeinderat machten es sich nicht ganz einfach, sondern man versuchte, einen Ausblick auf das, was man allenfalls ändern könnte, aufzuzeigen. Wenn du - als Präsident der FIREKO, resp. damals war es ein Postulat der gesamten FIREKO - fragst, welche Auswirkungen es hat, muss man sagen, das sind gebundene Ausgaben. Gebundene Ausgaben werden steigen, das ist so. Was die Verwaltung und der Gemeinderat mit der Beantwortung des Postulats aufzeigen wollten, ist, dass sie sehr wohl Möglichkeiten sehen. Wir listeten auch drei Möglichkeiten auf. Nämlich: 1. Man könnte solche Gebäude übernehmen. Das haben wir schon einmal getan. Das berühmte Walmerhaus am, wenn es mir recht ist, Dorfplatz 3, hatten wir damals übernommen. Die Gemeinde Allschwil wollte es vor dem Untergang retten, weil es mit privaten Mitteln niemand mehr aufrechterhalten konnte. Somit sprang die Allgemeinheit ein, und zwar die Gemeinde Allschwil, nicht der Kanton. Der Vorwurf, dass die Gemeinde Allschwil nichts tun will, muss ich ein wenig von mir weisen. Wir haben uns heute Nachmittag ausgiebig mit dem Dorfkern,

---

resp. mit Reglementen oder Elementen aus dem Dorfkern und aus dem Dorfkernreglement befasst. Der Gemeinderat ist weiterhin gewillt, den Dorfzonenplan weiterzuentwickeln, am Leben zu erhalten. Die ganze Belebung des Dorfplatzes, des Dorfkerns ist ein weitgehendes Anliegen des Gemeinderats. Das nimmt er ernst und ist bereit, wenn es notwendig ist, Geld in die Hand zu nehmen und Geld einzusetzen. Im Augenblick gelten die vorhandenen Reglemente, diese Reglemente kann man aber auch anpassen, seien es die Beitragsreglemente für einzelne Bauteile. Und zwar nicht nur an kommunal Geschützten. Sondern der Gemeinderat unterstützt mit diesen Beiträgen auch kantonale geschützte Gebäude. Er ist auch bereit, dies weiterhin zu tun. Wenn man dann diese Reglemente und in Zukunft die Beitragsverfügungen mal anschaut, ist klar, dass man die Auswirkungen aufzeigen kann. Es steht ganz am Schluss des Berichts, dass wir den Einwohnerrat selbstverständlich wieder in Kenntnis setzen wollen, wenn wir dann tatsächlich irgendetwas geändert haben. Somit ist ein Vergleich von jetzt und in Zukunft, wenn dann die Reglemente geändert werden, durchaus möglich. In diesem Sinne ist es eigentlich ein Signal, dass der Gemeinderat die Frage durchaus zur Kenntnis genommen und versucht hat, sie zu beantworten. Es steht allerdings hier nicht 1:1, was denn nun konkret die Auswirkungen wären, da gebe ich dir Recht. Wir versuchten, in der Antwort drei Wege aufzuzeigen, wie sich die Gemeinde einbringen kann. Mehr kann man im Augenblick noch nicht dazu sagen. Wir steigen jetzt in die Revision des Siedlungszonenplans und Zonenreglements Siedlung ein. Anschliessend wird es auch eine Revision des Teilzonenplans Dorfkern geben. Dabei wird dieses Thema bestimmt wieder auf die Tagesordnung kommen. Wir müssen - und werden wir auch - den Einwohnerrat einbeziehen, sei es mit Anträgen, sei es mit Budgets, sei es mit Informationen.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich habe den Gemeinderat nicht beschuldigt, er würde nichts tun, sondern ich habe gesagt, es gibt einzelne Objekte, die man jedes Mal wieder aufs Neue behandelt. Das ist ein Beispiel. Die Dorfkirche ist ein anderes Beispiel, zu der wird hier bestimmt haben, doch wir tun etwas Zusätzliches. Es ist dann einfach im Umfang nicht klar. Es muss Projekt für Projekt durchgesprochen werden. Aber Danke schön für die Erklärungen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Die Rednerliste für die allgemeine Beratung ist eröffnet. Es gibt keine Wortmeldung. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4499 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Seite 6, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat, Geschäft 4499, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Somit haben Sie dieses Geschäft einstimmig abgeschrieben.

Schlussabstimmung. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen will, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Auch dies haben Sie einstimmig abgeschlossen.

**Christian Kellermann**, Präsident: In Rücksprache mit Niklaus Morat werden wir das letzte Traktandum angesichts der fortgeschrittenen Zeit das nächste Mal thematisieren. Ich bedanke mich fürs Ausharren. Ich möchte, wie gesagt, noch einmal kurz darum bitten, die Mikrophone auszuschalten, d.h. drei Sekunden lang die Sprechaste gedrückt zu halten. Ich bitte auch, dass Sie den Saal zügig verlassen. Sie können sich aber sehr gerne im Foyer noch länger aufhalten, die Türen schliessen dann nach Ihnen automatisch. So kann der Hauswart auch beizeiten Feierabend machen. Kommen Sie gut nach Hause, bleiben Sie gesund. Wir sehen uns am 17. März wieder. Besten Dank - schöner Abend - Adieu miteinander.

ENDE DER SITZUNG 20.55 UHR

<p><b>Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurde die Einwohnerratssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt</b></p>
--